

Jahresbericht 2011

Impressum

■ **Herausgeberin:**

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell

E-Mail: info@duh.de, Internet: www.duh.de

■ **Autoren:** Oliver Finus, Ulrike Fokken, Michael Hadamczik, Jürgen Quentin,
Gerd Rosenkranz, Agnes Sauter, Robert Spreter, Ulrich Stöcker, Nina Wolff, Albert Wotke

■ **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken

■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch

■ **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

■ **Bildnachweis:** Titelseite: Pitopia, M. Acker, 2010 (o), E. Werner/Pixelio (l), S. Ernst/
Naturfoto-Online (Luchs, m), DUH/T. Knoll (r); S. 3: A. Busch; S. 4: (von oben)
P. Bork/Pixelio, U. Dreiuicker/Pixelio, S. Jehle, C. Damm (l), L. Viatour/wikimedia (Bläuling, r),
R. Dirscherl/Naturfoto-Online; S. 5: (von oben) Stadt Marburg/H. Wahl (l), Berlin-Pics/Pixelio
(r), DUH-Archiv, P. von Bechen/Pixelio, DUH/T. Knoll; S. 6: T. M. Müller/Pixelio; S. 7:
Pitopia/Carina-Foto/2007 (l), J. Gernsheimer (r); S. 8: Stadtwerke Mainz; S. 9: aleo solar (l),
Klima-Allianz (r); S. 10: Luise/Pixelio; S. 11: B. Dietl; S. 12: wrw/Pixelio; S. 13: GTÜ/Pixelio
(l), M. Grabosch/Pixelio (r); S. 14: GTÜ (l), R. Sturm/Pixelio (r); S. 15: B. Dietl; S. 16: Angelina
S./Pixelio; S. 17: M. Ottersbach/Pixelio (Wildkatze, l), M. Bunzel-Drüke (Quappe, r); S. 18:
R. Eckhoff (o, Großes Kudu), N. Lemvigh-Müller (u); S. 19: F. Möllers (Europäischer Nerz, l),
C. Schneider (r); S. 20: M. Heidemann-Grimm/Pixelio; S. 21: A. Murch (Blauhais, l), Nature
Picture/Pixelio (Schweinswal, r); S. 22: Stiftung „Lebendige Stadt“; S. 23: S. Ernst/Naturfoto-
Online (Uhu, l), Stadt Marburg/H. Pukall (r); S. 24: Windkraftanlage Osnabrück/G. Westdörp;
S. 25: DUH-Archiv (l), Stadtwerke Heidelberg (r); S. 26: M. Schimmel/Pixelio; S. 27: Gerichts-
hof der Europäischen Union; S. 28: Lütvogt; S. 29: DUH-Archiv (l), W. Pfensig/Pixelio (Eisbär);
S. 30: Bürgerverein Sauberes Delitzscher Land; S. 31: DUH-Archiv (l), J. Schreiner (r); S. 32:
DUH-Nord (o); DUH/Schulzentrum Söhlde (u); S. 33: DUH/T. Knoll (o) S. 34: R. Eckhoff (l),
B. Dietl (m), B. Dietl (o.r.), privat (m.r.), B. Dietl (u.r.); S. 35: B. Kleemann (o.l.), privat (m.l.,
u.l.), privat (m.o.), B. Kleemann (m, m.u.), privat (o.r.), B. Dietl (m.r., u.r.); S. 40: Stadt Lands-
hut (l.o.), Lütvogt (m.o.), T. Kern/Pixelio (r.o.), C. Arnold (u)

■ **Redaktionsschluss:** 01.12.2011

■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

manchmal lernen wir nur aus Katastrophen. Es ist tragisch aber wahr, dass erst der Super-GAU in den Atomkraftwerken von Fukushima einen parteiübergreifenden Beschluss zum Atomausstieg in Deutschland möglich gemacht hat. Ohne die jahrelange Überzeugungsarbeit der Umweltverbände, hätte sich die Bundesregierung nicht zu dieser 180-Grad-Wende gezwungen gesehen.

Als Natur- und Umweltschützer wollen wir Katastrophen verhindern, nicht erst aus ihnen lernen, wenn sie eingetreten sind. Deswegen drängen wir 2012 auf ein neues Klimaprotokoll, das die Staaten der Welt zum Klimaschutz verpflichtet, bevor es auf der Erde zu heiß wird. Wir würden politische Kehrtwenden für eine umwelt- und naturverträgliche Zukunft gern öfter sehen, und zwar bevor Tsunami und Kernschmelzen die Menschheit aufgerüttelt haben. Klug ist es, rechtzeitig Umweltschäden zu verhindern oder Eingriffe in die Natur so gering wie möglich zu halten. Die Risiken industrieller Vorhaben müssen daher realistisch bewertet – und im Zweifel die Unternehmungen unterlassen werden. 2011 mussten die Menschen in Japan und aller Welt schmerzlich erfahren, dass die Risiken küstennaher Atomkraftwerke in einem Erdbebengebiet eben nicht ehrlich bewertet worden waren.

Es geht nicht nur um Fukushima. Die Verdrängung industrieller Risiken und die stillschweigend hingenommene Zerstörung der biologischen Vielfalt erleben wir weltweit. Aber wir haben auch die Chance, Wege in eine für Umwelt und Natur verträgliche Wirtschaftsweise zu suchen und Katastrophen zu verhindern.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. erinnert Politik und Wirtschaft beständig daran, den Schutz von Umwelt und Natur bei allen Vorhaben zu berücksichtigen. Die DUH ist daher nach dem Atomausstieg dran geblieben und arbeitet nun auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen mit an der Energiewende. Hartnäckig streiten wir für schadstoffarme und effiziente Autos, für saubere Luft in den Städten und für eine umweltverträgliche Mobilität. Die DUH setzt sich unermüdlich ein für eine ressourcenschonende Mehrweg- und Kreislaufwirtschaft, für eine naturverträgliche Fischerei und den Erhalt der biologischen Vielfalt in Wäldern, Auen und an Flüssen.

Im Namen des Vorstands lade ich Sie herzlich ein, die Ziele und Erfolge der Deutschen Umwelthilfe e.V. kennen zu lernen. Machen Sie sich auf den folgenden Seiten ein Bild von unserer Arbeit und diskutieren Sie mit uns über die anstehenden umweltpolitischen Herausforderungen. Nur im Austausch der Ideen, lernen wir alle voneinander.

Mit herzlichen Grüßen

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele,
Vorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.



6



13



16



20

2 Impressum

3 Vorwort

4 Inhalt

Energie und Klimaschutz



6 Nach Fukushima:

Die Zeitenwende nutzen

Die DUH etabliert sich als Ratgeber der Energiewende, engagiert sich für eine Energiewirtschaft ohne unkalkulierbare Großrisiken und vermittelt beim Umbau der Stromnetze zwischen Bürgern und Unternehmen

8 Renaissance der Kohlekraft? – Nicht mit uns!

Die Kampagne gegen den Neubau von Kohlekraftwerken

11 „Die Energiewende kommt – aber nicht von allein!“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake über Fukushima, die energiepolitische Zeitenwende und die Notwendigkeit, die Transformation des Energiesystems politisch zu steuern

Verkehr und Luftreinhaltung

12 Saubere Luft für Klima und Gesundheit

Die DUH kämpft für saubere Luft in den Städten und wirksame Umweltzonen, für abgasarme Motoren und für natürliche Kältemittel in Klimaanlage

13 Feinstaubbelastung sinkt in den Umweltzonen

15 „Das Greenwashing der Industrie kennt keine Grenzen“

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über Rechtsbrüche in Wirtschaft und Politik, den Kontrollverlust des Staates und die Chancen von Umweltschützern

Naturschutz



16 Natur schützen, Wildnis wagen

Die DUH-Naturschützer schaffen lebendige Wälder und wilde Auen, kämpfen für naturnahe Flüsse und artenreiche Meere

18 Der Schutz der Biodiversität muss Chefsache werden

20 Zwischen Wattenmeer und Riff

Die DUH-Meeresschutzkampagne für Nachhaltigkeit und Artenschutz in den Weltmeeren

Kommunaler Umweltschutz



22 Kommunen wollen Natur in der Stadt

Die DUH fördert mit Wettbewerben und Netzwerken die Städte und Kommunen in ihrem Engagement für den Schutz der biologischen Vielfalt

24 Energiewende aller Orten

Städte und Gemeinden fördern den Klimaschutz und die Energiewende, die DUH berät sie auf dem Weg zur umweltfreundlichen Kommune

Ökologischer Verbraucherschutz

26 Im Einsatz für die Rechte der Verbraucher

Kühlschrankhersteller, Baumärkte und die Automobilindustrie verstoßen zum Teil immer dreister gegen Verbraucher- und Klimaschutzgesetze. Die DUH hält dagegen – mit Erfolg

Kreislaufwirtschaft

28 Nachhaltig eine Bestnote für das Mehrwegsystem

Die erste Nachhaltigkeitsstudie von Getränkeverpackungen bestärkt die DUH in ihrem Einsatz für das umweltfreundliche Mehrwegsystem

30 Der Müll und seine Gesetze

Die DUH hat in Sachsen einen Giftmüllskandal aufgedeckt, kämpft für die umweltgerechte Entsorgung von alten Elektrogeräten und FCKW aus Kühlgeräten und drängt zur Umsetzung bestehender Umweltgesetze

Umwelt und Entwicklung

32 Gesund essen, nachhaltig lernen

Die ökologischen Ernährungsprogramme des DUH-Regionalverband Nord und die Kampagne Handys für die Umwelt

Medien

33 Der UmweltMedienpreis 2011

DUH intern

34 Das Leitungsteam

Bilanz

36 Sicher in die Umwelt investieren

Die Finanzen der DUH beruhen auf einer breiten Basis von öffentlichen Geldgebern, Unternehmensspenden und privaten Spendern

39 Adressen



24



28



32



33

Nach Fukushima: Die Zeitenwende nutzen

Die Deutsche Umwelthilfe etabliert sich als Ratgeber der Energie-
wende, sie engagiert sich für eine Energiewirtschaft ohne unkalkulier-
bare Großrisiken und vermittelt beim Um- und Ausbau der Stromnetze
zwischen Bürgern und Unternehmen



■ Dass das Jahr 2011 als energiepolitische Zeitenwende in die Geschichte eingehen wird, scheint nach der dreifachen Kernschmelze von Fukushima und der nachfolgenden 180 Grad-Spitzkehre der Bundesregierung in der Atompolitik entschieden. Wie sich diese Zäsur jedoch weiter entwickeln und zu welchen Ergebnissen sie in zentralen Fragen der Energie- und Klimaschutzpolitik führen wird, ist völlig offen. Das nachlassende politische Interesse an wirklichen Fortschritten im Klimaschutz gibt Anlass zu größter Sorge, denn gleichzeitig steigen die globalen Klimagasbelastungen auf immer neue Rekordwerte. Und trotz der verheerenden Ereignisse in Japan ist derzeit keineswegs ausgemacht, ob Europa und die großen Schwellenländer Deutschland auf dem Weg heraus aus dem fossil-nuklearen Zeitalter folgen werden. Nicht einmal hierzulande ist sicher, ob die Politik den eingeschlagenen Weg konsequent zu Ende geht oder ob sie – wie nach dem ersten Beschluss über den Atomausstieg – vor der Generationenherausforderung zurückschreckt.

Klar ist: Es bleibt für alle, denen es um eine national wie global zukunftsfähige Energieversorgung geht, mehr als genug zu tun. Die Deutsche Umwelthilfe wird auch in Zukunft alle ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, den politischen Prozess der Energiewende voranzubringen.

Auch jetzt, vor der schrittweisen Stilllegung der alternden Atomkraftwerke in Deutschland, werden wir darauf bestehen, dass die Sicherheit der Reaktoren weiterhin das oberste Gebot bleibt. Bis die letzte Anlage abgeschaltet ist. Nach den Erfahrungen der vergangenen



Jahre, mit schweren Störfällen etwa in Brunsbüttel und Krümmel, ist es gut möglich, dass in den verbleibenden Jahren störanfällige Atomkraftwerke früher abgeschaltet werden müssen, als derzeit nach dem aktuellen Ausstiegsgesetz vorgesehen. Das Megaproblem einer sicheren Endlagerung des Atomabfalls ist weiter ungeklärt und wird voraussichtlich im kommenden Jahr die Atomdiskussion prägen. Dabei eröffnet die grundlegend neue Situation, mit einem von allen politischen Lagern anerkannten Atomausstiegsbeschluss, erstmals die Möglichkeit, auch über die Suche und schließlich die Einrichtung eines Endlagers für hoch radioaktiven Atomabfall eine Einigung zu erzielen.

Ratgeber in der Atompolitik

Die Deutsche Umwelthilfe wird an den Zukunftskonzepten der Energiewende ebenso mitarbeiten, wie an deren praktischer Umsetzung vor Ort. Dabei werden wir Missstände und Fehlentwicklungen klar benennen und gleichzeitig moderierend eingreifen, wo es um einen fairen Interessenausgleich bei der Transformation des Energiesystems geht. Insgesamt wollen wir unseren Einfluss auf die Energiewende weiter verstärken.

Auf diesem Weg ist die DUH 2011 weit vorangekommen. Vor der Katastrophe von Fukushima haben wir unsere Aktivitäten gegen die drohende Laufzeitverlängerung auf allen Ebenen intensiviert. Wir haben, wie schon

2010, die Widersprüche in der Energiepolitik der Bundesregierung aufgedeckt. Insbesondere haben wir unter dem Begriff „Systemkonflikt“ immer wieder die Unvereinbarkeit der Atomenergie mit wachsenden Anteilen ungesteuerter erneuerbarer Energien aus Wind und Sonne thematisiert. Denn das Versprechen der 2009 gewählten schwarz-gelben Koalition, sowohl längere Reaktorlaufzeiten als auch den Eintritt in das regenerative Zeitalter anzustreben, war von Anfang an ein Irrweg. Nach Fukushima haben wir nach Kräften den Druck auf die Bundesregierung erhöht, die Laufzeitverlängerung vollständig rückgängig zu machen. Wir haben die wachsende Störanfälligkeit alternder Reaktoren thematisiert und als Konsequenz aus dem Super-GAU in Fernost den „schnellstmöglichen Ausstieg“ in Deutschland gefordert. In einem von den DUH-Juristen erarbeiteten eigenen Gesetzesvorschlag für die 13. Novelle des Atomgesetzes hat die DUH als Enddatum das Jahr 2017 gefordert. Die Bundesregierung hat als Enddatum und Jahr der letzten Abschaltung eines kommerziellen Atomkraftwerks in Deutschland das Jahr 2022 festgelegt. Aber sie hat damit auch unsere Vorstellung von einem festen Enddatum übernommen. Damit war das zuvor geltende System der Reststrommengenübertragung im Wesentlichen abgeschafft. Das war entscheidend. Denn wir erinnern uns: Die Atomkraftwerksbetreiber hatten die Reststrommengenübertragung aus dem ersten

Atomausstiegsgesetz für „taktische Betriebsweisen“ der Kraftwerke genutzt. Sie wollten so ihre Reaktoren solange am Netz halten, bis eine ihnen genehme Regierung den Ausstieg revidieren würde. Das Kalkül der Stromkonzerne ist bekanntlich zunächst aufgegangen – dann passierte das Unglück in Fukushima.

Der lange Weg zum neuen Stromnetz: Das Forum Netzintegration Erneuerbare Energien

Mit der energiepolitischen Kehrtwende im Frühjahr 2011 nahm der Einfluss der Deutschen Umwelthilfe noch einmal zu. Insbesondere bei der für das Gelingen der Energiewende zentralen Frage des künftigen Stromnetzes. Hier gilt das von der DUH bereits 2008 initiierte Forum Netzintegration Erneuerbare Energien seit Jahren als zentrale Instanz der fachlichen Auseinandersetzung und Konfliktbearbeitung. Der Um- und Ausbau der Stromnetze muss möglichst naturverträglich und konfliktarm mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erfolgen und verhandelt werden. Erfreulich ist, dass sich die Vorschläge des Forums und der DUH auch im Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) wiederfinden, das im Sommer 2011 als Teil des Gesetzespakets zur Energiewende verabschiedet wurde. Fortschritte gibt es insbesondere bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der Transparenz der Strom-

Renaissance der Kohlekraft? – Nicht mit uns

■ Der Atomausstieg kommt, die Kohle auch – so hätten es diejenigen gern, die sich Deutschland als Kohleland zurückwünschen. Deshalb lässt die Deutsche Umwelthilfe nicht nach und treibt die DUH-Klimaschutzkampagne gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke voran. Wir beraten vor allem Bürgerinitiativen und Umweltgruppen und zeigen juristische Wege, wie der Neubau von Kohlekraftwerken verhindert werden kann. Denn auch moderne Kohlekraftwerke sind Klimakiller. Und sie passen weder technisch noch wirtschaftlich in einen Kraftwerksmix mit immer höheren Anteilen an Strom aus Wind- und Sonnenenergie, der wetterbedingt stark schwankt. Als Brückentechnologie ins regenerative Zeitalter brauchen wir flexible, schnell regelbare Gaskraftwerke.

Trotzdem wittert die „Kohlefraktion“ im Lande Morgenluft. So lassen die Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk Datteln ahnen, mit welcher Härte gestritten wird. Regionale und landesweite politische Kräfte setzen alle Hebel in Bewegung, um den gerichtlich gestoppten Schwarzbau nachträglich zu legalisieren. Die Deutsche Bahn – selbsternannter „Vorreiter im Klimaschutz“ – täuscht die Öffentlichkeit mit der Behauptung, dass bis zu 30 Prozent der Züge im Ruhrgebiet im Winter auf der Strecke bleiben, sollte der Kohleblock in Datteln, der auch Bahnstrom erzeugt, nicht bis 2013 ans Netz gehen.

Dabei ist die juristische Faktenlage eindeutig – das Kohlekraftwerk Datteln kann nach derzeitiger Rechtslage nicht fertig gebaut werden und in Betrieb gehen. Dennoch versucht der Regionalverband Ruhr seine Planungen den Anforderungen des E.on-Kraftwerks anzupassen, damit daraus von der Stadt ein neuer Bebauungsplan entwickelt werden kann. Dagegen hat die DUH interveniert, denn die Planänderung verstößt gegen zwingende landesrechtliche Vorgaben. Auch gegen erteilte Genehmigungen an anderen geplanten Kohlekraftwerksstandorten geht die DUH konsequent vor.

Unsere Interventionen vor Gericht haben dazu beigetragen, dass im Jahr 2011 kein Neubau eines Kohlekraftwerks in Deutschland begonnen wurde. Von Erfolg gekrönt war unsere Arbeit in Brunsbüttel, wo zum Jahreswechsel der Energiekonzern GdF Suez die Kraftwerksplanung aufgab. Auch in Krefeld ist es gelungen, den Investor von seinen Kohleplänen abzubringen: Das Stadtwerkekonsortium Trianel vollzog Mitte des Jahres eine Kehrtwende und favorisiert nun den Bau eines Gaskraftwerks. Die gesetzlichen Regelungen zur CO₂-Abscheidung und Verpressung im Untergrund, von denen sich die Kohlelobby mehr Akzeptanz beim Klimaschutz versprach, sind 2011 an unterschiedlichen Länderinteressen gescheitert. Die vielfach heraufbeschworene Renaissance der Kohle in Deutschland findet bisher nicht statt. Die DUH arbeitet daran, dass es so bleibt.

netzdaten, die den Ausbautrassen zugrunde liegen. Leider fand unser Vorschlag fester Mindestabstandsgrenzen für Stromtrassen zur Wohnbebauung im Gesetz bisher keinen Niederschlag. Die im NABEG beschlossene Regelung für ein „vereinfachtes Verfahren“, das die Beteiligungsrechte der Bürger einschränkt, ist nach unserer Überzeugung viel zu weit gefasst.

Die im Sommer 2011 verabschiedeten neuen Energiegesetze verpflichten die Betreiber der großen Übertragungsnetze, regelmäßig in die Zukunft zu schauen: Welche Kohle- und Gaskraftwerke benötigen wir im Deutschland des Jahres 2022 oder 2032 noch? Welche Kapazitäten auf Basis der erneuerbaren Energien Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Erdwärme sind bis dahin aufgebaut? Und wie muss dann das Stromnetz aussehen? Über diesen so genannten „Szenariorahmen“ der Übertragungsnetzbetreiber befindet nach der aktuellen Gesetzeslage die Bundesnetzagentur nach einem Konsultationsverfahren, an dem sich jeder Mann beteiligen kann.

Im Herbst 2011 fand es erstmals statt. Die DUH kritisierte den ersten Entwurf





als in vieler Hinsicht unzureichend. Er taugt in dieser Form nicht als Fundament für den anstehenden Stromnetzaus- und umbau. Gemeinsam mit dem Bundesverband Erneuerbare Energien BEE, dem WWF, dem Naturschutzbund Deutschland NABU und Germanwatch forderte die DUH Korrekturen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts stand eine Entscheidung der Bundesnetzagentur über den „Szenariorahmen“ noch aus. Dieser soll die Basis bilden für einen „nationalen Netzentwicklungsplan“, den die Bundesregierung 2012 erstmals als Bundesbe-

darfsplan für die Stromnetze dem Bundestag vorlegen will. Dort wird der Plan beraten, verabschiedet und dann regelmäßig unter erneuter Beteiligung des Parlaments fortgeschrieben. Am Ende steht – hoffentlich – ein neues Stromnetz, das nicht mehr wie bisher ausgerichtet sein wird auf wenige Großkraftwerke, sondern auf eine insgesamt dezentralere Stromversorgung auf Basis der erneuerbaren Energien.

Das Engagement der DUH für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Netzentwicklung macht uns zu ei-

nem wichtigen Ratgeber auf allen Ebenen der Auseinandersetzung. Die DUH ist bei der Netzplattform des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) ebenso dabei, wie in Gesprächskreisen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Gemeinsam mit der Deutschen Energieagentur (dena) haben wir ein Konzept für eine Informations- und Dialogoffensive entwickelt und dem BMWi und dem Bundesumweltministerium (BMU) vorgestellt. Vor allem aber war die DUH 2011 an den Brennpunkten der Auseinandersetzungen um den Netzausbau

Strombunkern am Berg

Das Regenerative Zeitalter braucht Stromspeicher. Das ist ein Problem für die Natur. Die DUH als Moderator.

Pumpspeicherkraftwerke sind derzeit die einzig großtechnisch eingeführte und ökonomisch rentable Form der Stromspeicherung. Gleichzeitig werden in Zukunft umso größere Speicher benötigt, je mehr unstete Energiequellen wie Wind und Sonne zur Basis der Stromversorgung werden. Deshalb befürwortet die DUH die Pumpspeicherkraftwerke (PSW) grundsätzlich. Das heißt nicht, dass jede Planung eines PSW gutzuheißen ist. In jedem Einzelfall muss geprüft werden, ob der Eingriff in die Natur vertretbar ist. Vor diesem Hintergrund hat die DUH im Sommer 2011 im Rahmen der vorbereitenden Planung des von den Stadtwerken Mainz am Rhein geplanten PSW Heimbach eine Moderatorenrolle übernommen. Betroffene Anwohner und Naturschützer sollen sehr frühzeitig mitreden. Die Planung umfasst ein naturschutzfachlich sensibles Gebiet am Mittelrhein. Das Oberbecken des PSW soll am „Franzosenkopf“, der höchsten Erhebung der Region, entstehen, teilweise in einem Natura 2000 Gebiet. Das „Unterbecken“ soll – ein technisches Novum – der Rhein bilden. Die Stadtwerke Mainz haben zugesagt, dass ein formales Zulassungsverfahren frühestens nach Abschluss des Moderationsprozesses und in Abhängigkeit von seinen Ergebnissen eingeleitet wird. Die DUH hat die Moderatorenrolle mit der klaren Ansage übernommen, dass der Prozess aus ihrer Sicht „ergebnisoffen“ ist.



als Berater und Moderator gefragt. Anfragen kommen von Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland, von Behörden, Verbänden und politischen Parteien. Auf zahlreichen von den DUH-Experten organisierten Veranstaltungen hat sich das wachsende gesellschaftliche Interesse am Umbau des Energiesystems gezeigt.

Die Expertise der DUH in Fragen der Energiesysteme wird auch im Ausland geschätzt. So konnte das Forum Netzintegration den „Plan N“ zum Netzausbau in einer englischen Version in Brüssel vorstellen. Zum Thema Risiken der Atomenergie und Energiewende in Deutschland waren DUH-Experten auch in Ländern wie Israel, Palästina, Weißrussland und der Slowakei als Referenten gefragt. Von der Kampagne gegen Kohlekraftwerke und insbesondere dem erfolgreichen juristischen Widerstand der vergangenen Jahre wollen nun auch Klimaschützer in anderen EU-Ländern profitieren. Im Frühsommer 2011 hat die DUH daher ein Netzwerk von europäischen Anti-

Kohlekraft-Juristen gegründet, um den Erfahrungsaustausch und die juristische Zusammenarbeit auszubauen.

DUH moderiert Interessenskonflikte in der Energiewende

Nicht nur die Energiewirtschaft, auch die deutsche Umweltbewegung steht mit der energiepolitischen Zeitenwende des Jahres 2011 vor großen und neuen Herausforderungen. Das Spannungsfeld zwischen Umwelt- und Naturschutz verschärft sich wegen der unzweifelhaft hohen Flächenbeanspruchung der Erneuerbaren Energien umso mehr, je weiter die Energiewende voranschreitet. Die Zielkonflikte sind real. Sie müssen in jedem Einzelfall ergebnisoffen bewertet, abgewogen und entschieden werden. Die DUH wird dem nicht ausweichen. Beispielhaft steht der 2011 begonnene Moderationsprozess um ein geplantes Pumpspeicherkraftwerk am Rhein (siehe Kasten S. 9 „Strombunkern am Berg“).

Insgesamt bewertet die Deutsche Umwelthilfe das Schlüsseljahr 2011 als im Ergebnis aus energie- und klimapolitischer Sicht ambivalent. Die klimapolitische Debatte ist zuletzt, verstärkt durch die Schuldenkrise der EU, bedrohlich in den Hintergrund gerückt. Der Handlungsdruck auf die Politik hat insbesondere auf der internationalen Ebene erkennbar nachgelassen, während der Klimawandel in der realen Welt eher beschleunigt voranschreitet. Zur Korrektur der atompolitischen Geisterfahrt der Bundesregierung bedurfte es einer Katastrophe am anderen Ende der Welt.

Immerhin, in Deutschland reichten die Kernschmelzen von Fukushima aus, um eine grundlegende Kurswende einzuleiten. Die produziert zum Ende des Jahres auch gute Nachrichten: 2011 wurde in Deutschland erstmals seit dem Start des nuklearen Irrwegs vor fast einem halben Jahrhundert mehr Strom aus Erneuerbaren Energien in die Netze eingespeist als Atomstrom.

„Die Energiewende kommt – aber nicht von allein!“



DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake über Fukushima, die energiepolitische Zeitenwende und die Notwendigkeit, die Transformation des Energiesystems politisch zu steuern

■ **Die einst beschlossene Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke haben Sie im Jahresbericht 2010 mit dem Satz kommentiert: „Nichts ist endgültig entschieden.“ Sie haben Recht behalten.**

Das stimmt. Aber die Tatsache, dass erst eine dreifache Kernschmelze am anderen Ende der Welt die Bundesregierung von ihrem Irrweg abbrachte, hält die Freude darüber in sehr engen Grenzen.

Immerhin hat die Bundesregierung überhaupt reagiert. Deutschland macht sich nun tatsächlich auf den Weg in das regenerative Zeitalter. Andere Industriestaaten halten dagegen an der Atomenergie fest.

Längst nicht alle Länder, die die Atomenergie nutzen, machen nach Fukushima weiter wie bisher. Natürlich gibt es in Japan jetzt eine Debatte über den Abschied von der Atomenergie. Die gab es vorher nicht. Belgien hat den Ausstieg beschlossen. In Italien haben sich in einem Referendum 95 Prozent der Bürger gegen Atomkraft entschieden. Und selbst in Frankreich, einer Art Kernland der Atombranche, finden

Demoskopen neuerdings eine Mehrheit gegen die Hochrisikotechnologie.

Wird die fundamentale Transformation des deutschen Energiesystems innerhalb einer Generation gelingen?

Sie muss gelingen! Die Energiewende muss ökologisch und ökonomisch ein Erfolgsprojekt werden. Scheitert sie oder bleibt auf halber Strecke stecken, wird uns kein großes Industrie- oder Schwellenland folgen. Und nur wenn andere mitmachen, leistet die Transformation in Deutschland im Weltmaßstab einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz.

Der Einstieg ist ermutigend: In diesem Jahr werden die Erneuerbaren bei der Stromversorgung wohl die 20-Prozent-Marke knacken.

Richtig, der Zubau der Erneuerbaren funktioniert, weil wir das Erneuerbare Energien Gesetz haben. Aber das genügt nicht. Die Energiewende ist eine komplexe Optimierungsaufgabe und wir müssen heute Antworten auf die Fragen von morgen finden: Wie kombinieren wir Erneuerbare Energien, flexible Gaskraftwerke für den Übergang, den Netzbau und -ausbau, große

Stromspeicherkapazitäten und die Steuerung des Strombedarfs so, dass die Eingriffe in die Natur verantwortbar und die Gesamtkosten der Transformation bezahlbar bleiben?

Und?

Wir müssen uns vorab verständigen auf einen Entwicklungspfad für den Energiemix, darauf, wo künftig welche Erzeugungsanlagen errichtet werden sollen, wie wir sie mit Stromnetzen und Stromspeichern intelligent verknüpfen. Dazu brauchen wir flächendeckend einen effizienteren Umgang mit Strom und wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass es sich für Investoren lohnt, in erwünschte Kraftwerke zu investieren.

Das klingt nicht eben trivial. Kann es überhaupt gelingen?

Davon bin ich überzeugt. Aber ohne eine entschlossene Steuerung durch die Bundesregierung wird es nicht gehen. Wir fordern ein Projektmanagement mit dem klaren Auftrag, die Energiewende zum Erfolg zu führen. Die Energiewende kommt – aber nicht von allein.

Saubere Luft für Klima und Gesundheit

Die DUH kämpft für saubere Luft in den Städten und wirksame Umweltzonen. Die DUH streitet für abgasarme Motoren, für natürliche Kältemittel in Klimaanlage und fordert die Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Kirchen zur Abrüstung ihrer Dienstwagenflotten auf



■ Die Deutsche Umwelthilfe ist einer der führenden Umweltschutzverbände in der Verkehrs- und Luftreinhaltungspolitik. Als einer der ersten Umweltschutzvereine hat die DUH auf die gesundheitlichen und klimatischen Auswirkungen von Dieselrußpartikeln hingewiesen. Vor zehn Jahren startete die DUH die verbändeübergreifende Kampagne „Kein Diesel ohne Filter“ und koordiniert seitdem die gemeinsame Arbeit. Mit der Kampagne weist die DUH auf die gesundheitlichen und klimatischen Auswirkungen von Dieselrußpartikeln hin und fordert die Ausstattung aller Dieselmotoren mit wirksamer Filtertechnik.

Auch im Bündnis „Rußfrei für's Klima“ streiten wir mit deutschen und europäischen Verbänden für die Ausweitung der Partikelfilterpflicht für alle Dieselmotoren und für weitere Umweltzonen. Denn die Rußemissionen aus dem Straßenverkehr gefährden nicht nur die Gesundheit, sondern schädigen auch das Klima. Die schwarzen Teilchen wehen bis in die Arktis. Dort gehen sie auf den Gletschern nieder, vergrauen die Schnee- und Eisflächen, verhindern die Abstrahlung der Sonnenstrahlen und beschleunigen die Gletscherschmelze.

Seit 2005 gelten europaweit Grenzwerte für die maximale Feinstaubbelastung. Dennoch hat sich die Luftqualität in vielen Ballungsräumen noch nicht ausreichend verbessert. Auch heute sind viele Orte viel zu hoch mit Dieselruß und Stickoxiden belastet. Anstatt das wirksamste Instrument zur Bekämpfung verkehrsbedingter Luftbelastung, die Umweltzone, konsequent umzusetzen und deren Einhaltung zu kontrollieren, wird sie wie in Wiesbaden verhindert oder es werden rechtswidrig



Schutzregeln außer Kraft gesetzt, wie 2010 in Hannover. In beiden Fällen klagte die DUH vor den zuständigen Verwaltungsgerichten und bekam Recht.

In Umweltzonen sinkt die Feinstaubbelastung

Selbst wenn Umweltzonen ausgewiesen sind, können sich die Bürgerinnen und Bürger nicht darauf verlassen, dass die verantwortlichen Behörden dieses Instrument der Luftreinhaltung ernst nehmen. Mehr als 40 Umweltzonen in den größten deutschen Städten werden nicht kontrolliert, hat die DUH festgestellt. Die von den Verantwortlichen in Kauf genommene Luftverschmutzung hat fatale Folgen, denn es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Feinstaubbelastung in der Luft und Herz-Kreislauf-Erkrankungen und daraus folgenden Todesfällen, wie Professor Erich Wichmann vom Helmholtz Zentrum in München in einer Langzeitstudie belegt. Laut seiner Untersuchung sinkt in Umweltzonen die Zahl der Todesfälle erheblich, die mit feinen und feinsten Rußpartikeln aus dem Straßenverkehr in Verbindung gebracht werden können. Die Berliner Umweltzone mit einer Million Menschen verhindert pro Jahr rechnerisch 144 Todesfälle, die mit Dieselruß in Verbindung stehen.

Die Städte unterschätzen eines der wirksamsten Mittel gegen die Feinstaubbelastung in den Zentren, denn Umweltzonen verbessern nachweislich die

Luftqualität. Das zeigt sich deutlich in Hannover und Berlin. Beide Städte überprüfen als einzige in Deutschland innerhalb der Umweltzonen, ob Autos, Busse, Laster und Transporter überhaupt zur Einfahrt berechtigt sind. Mit eindeutigem Erfolg für die Luftqualität: In Berlin hat sich seit Einführung der Umweltzone im Januar 2008 die Belastung der Luft mit Dieselrußpartikeln mehr als halbiert (minus 58 Prozent).

Kein Bus ohne Filter

Vierorts steigt der umweltbewusste Bürger in Busse und Bahnen um. Was er jedoch nicht weiß: Nahezu alle dieselgetriebenen Schienenfahrzeuge und der größere Teil der im öffentlichen Personennahverkehr eingesetzten Busse haben weder einen Partikelfilter noch eine funktionierende Stickoxid-Reduktionsanlage. So ist es kein Wunder, dass an manchen Messpunkten bis zu 30 Prozent der verkehrsbedingten Abgase aus den Auspuffrohren weniger Busse stammt. Hier setzt die neue Initiative der DUH an, die sich zum Ziel gesetzt hat, innerhalb von fünf Jahren alle im ÖPNV eingesetzten Busse und Schienenfahrzeuge entweder mit wirksamen Filtern nachzurüsten oder durch neue gefilterte Fahrzeuge zu ersetzen.

Aufwind gibt uns ein Erfolg vom November 2011: Nach einjähriger Pause fördert die Bundesregierung ab Januar 2012 wieder den Einbau von Rußpartikelfiltern in Autos und leichten Nutzfahrzeugen. Da gerade in Innenstädten

die Luft weit über gesundheitsverträgliche Maßen belastet ist, fordert die DUH auch die zwingende Nachrüstung aller Stadtbusse mit Rußpartikelfiltern sowie deren finanzielle Förderung.

Auch Kräne, Bagger und Laster auf Baustellen stoßen erhebliche Mengen Dieselrußpartikel aus. In Deutschland ist jedoch nur ein verschwindend geringer Teil dieser Geräte mit einer modernen Abgasreinigung ausgestattet. Erstmals hat die DUH auf der Baustelle von Stuttgart 21 den Einsatz von Rußpartikelfiltern in allen Baumaschinen und -fahrzeugen durchgesetzt. Wir fordern die Bundesregierung auf, es der Schweiz gleich zu machen: In der Schweiz darf kein Dieselmotor ohne Partikelfilter betrieben werden.

Gleiche Gefahr, gleiche Grenzwerte: Diesel und Benzinmotoren

Hochmoderne Benzinmotoren arbeiten mit einer dem Dieselmotor immer ähnlicher werdenden Einspritztechnik. Sie sind dadurch effizienter und sparen Sprit. Soweit die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass Benziner damit zu einer Gefahrenquelle für die Atemluft werden. Benzinmotoren mit Direkteinspritzung stoßen ultrafeine Rußpartikel in weit größerer Zahl aus als Dieselmotoren mit Partikelfilter. Ein Filter für Benziner kann die Feinpartikel bannen, doch die Autoindustrie wehrt sich mit allen verfügbaren Mitteln ge-



gen die Einführung derselben Grenzwerte, die bereits seit dem 1. September 2011 für alle neuen Diesel-Pkw gelten. Unterstützung erfährt die DUH ausnahmsweise selbst von der Bundesregierung und dem ADAC: Sie fordern ebenso wie die DUH die EU-Kommission dazu auf, dem Lobbydruck der europäischen Automobilhersteller standzuhalten.

Dienstwagen im Nachhaltigkeits-Glaubwürdigkeits-Check

Unternehmen stellen sich zwar gern nachhaltig dar, haben aber oft nicht einmal eine CO₂-arme Dienstwagenflotte. Die DUH hat auch 2011 wieder die 100 größten börsennotierten deutschen Unternehmen und 53 große Mittelständler nach ihren Dienstwagen gefragt. Ernüchterndes Ergebnis: Nur vier Unternehmen fahren klimafreundliche Dienstwagen.

Der Anteil der Privatzulassung von Neufahrzeugen ist auf rund 40 Prozent gesunken, knapp 60 Prozent der Neuzulassungen in Deutschland sind gewerblich. Dienstwagen sind somit eine klimarelevante Flotte. Die Bundesregierung unterlässt es seit Jahren, Anreize gegen die zunehmende Übermotorisierung zu schaffen und begünstigt stattdessen politisch und steuerlich die PS-starken Autos mit hohem Spritverbrauch und entsprechendem CO₂-Ausstoß.

Die DUH versucht mit einem Dienstwagen-Check die Politiker, Unterneh-

menslenker und Behördenchefs zu einem verantwortungsbewussteren Fahrzeugkauf zu bewegen. Erstmals hat die DUH 2011 auch den evangelischen und katholischen Bischöfen unter die Haube geguckt. Ergebnis: Nur vier (protestantische) Bischöfe bekamen die grüne Karte für klimafreundliche Dienstwagen, alle anderen erhielten die gelbe oder gar rote Karte für gelebte Klimaindifferenz.

EU fördert DUH-Kampagne für natürliche Kältemittel und effiziente Anlagentechnik

Das natürliche Kältemittel CO₂ in Autoklimaanlagen ist umweltfreundlich und führt zu weniger Mehrverbrauch als Anlagen mit konventionellen Mitteln. Die DUH setzt sich daher seit Jahren für den serienmäßigen Einbau von CO₂-Klimaanlagen in Autos, Bussen und Lastwagen ein. Das bislang verwendete klimaschädliche Kältemittel R134a ist seit Januar 2011 in der EU für neue Fahrzeugtypen nicht mehr zugelassen, da die Chemikalie rund 1.430 mal klimaschädlicher als CO₂ ist. Doch die Automobilhersteller umgehen gezielt die EU-Richtlinie zur Abschaffung extrem klimaschädlicher Kältemittel in Autoklimaanlagen und tricksen bei den Anträgen für neue Fahrzeugtypen.

Wir freuen uns daher besonders, dass die EU uns für drei Jahre mit dem EU-LIFE+ Projekt „PRO KLIMA – Effiziente Autoklimaanlagen mit natürlichen Käl-

temitteln“ fördert. Mit dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) informieren und beraten wir Fuhrparkbetreiber, Fahrschulen, Verkehrsbetriebe und andere entscheidende Fahrzeugflottenhalter. Wir klären über die Umweltauswirkungen von Autoklimaanlagen auf und zeigen Alternativen. Mit Erfolg: Unsere Umfrage bei 180 Verkehrsbetrieben hat ergeben, dass die Mehrheit sich von den Busherstellern den serienmäßigen Einbau von Klimaanlagen mit CO₂-Technik wünscht. Denn von den Unternehmen, die bereits Busse mit CO₂-Kühlung im Linienverkehr nutzen, ist bekannt, dass CO₂-Klimaanlagen wartungsarm und günstiger sind sowie einen geringeren Verbrauch haben.

Neben dem Einsatz natürlicher Kältemittel wie CO₂ fordern wir eine Optimierung der aktuell eingesetzten Systeme und mehr Transparenz über den Kraftstoffmehrverbrauch beim Einsatz von Klimaanlagen.

Unsere Kampagne stößt bei der Autoindustrie auf Widerstand. Sie will die Chemikalie 1234yf in die Klimaanlagen neuer Fahrzeugtypen füllen – und weitermachen wie bisher. Dieses Kältemittel entwickelt aber im Brandfall die stark ätzende Fluorwasserstoffsäure. Der Berufsverband Feuerwehr spricht sich daher eindeutig gegen 1234yf aus und warnt vor den Gesundheitsgefahren für Autoinsassen und Rettungskräfte. Zum Schutz von Gesundheit und Umwelt wird die DUH alles daran setzen, dass das natürliche Kältemittel CO₂ zum Einsatz kommt.

„Das Greenwashing der Industrie kennt keine Grenzen“



DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über Rechtsbrüche in Wirtschaft und Politik, den Kontrollverlust des Staates und die Chancen von Umweltschützern

■ **Herr Resch, die DUH beschäftigt landauf-landab die Gerichte mit Klagen und einstweiligen Verfügungen. Sind Sie als Umweltschützer besonders streitlustig?**

Wir haben die verblüffende Feststellung gemacht, dass bestehende Umwelt- und Klimaschutzgesetze immer weniger beachtet werden. So denken beispielsweise viele Autohersteller, mit Tricks die Spritverbräuche der Autos schön rechnen zu können. Alarmierend finde ich allerdings die zunehmenden Rechtsverstöße von Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen bei der Nichteinhaltung von Luftreinhaltvorschriften. Gegen solche Verstöße geht die DUH vor Gericht – und gewinnt in den meisten Fällen die Verfahren.

Deutschland gilt doch weltweit als Vorbild in der Umweltschutzgesetzgebung.

Das war einmal. Heute rangiert Deutschland europaweit eher im Mittelfeld. Noch problematischer ist aller-

dings, dass der Staat die Einhaltung von Umweltgesetzen weitgehend nicht mehr kontrolliert. So weigerten sich noch 2011 mehrere Oberbürgermeister, die zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten eingerichteten Umweltzonen kontrollieren zu lassen. Interessant ist, dass in ebendiesen Gemeinden Verkehrsverstöße wie Fahren ohne Sicherheitsgurt oder Falschparken gründlich kontrolliert wird – und zwar zu Recht.

Warum hält sich der Staat bei der Durchsetzung von Umweltgesetzen zurück?

Das ist ein Akt falsch verstandener Wirtschaftsförderung. Weite Teile der Politik neigen dazu, den Lobbyisten der Konzerne zu glauben, dass Umwelt- und Klimaschutz den Wirtschaftsstandort Deutschland unnötig belasten. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade innovative Unternehmen haben es zunehmend schwerer, ihre Produkte zu verkaufen, da sie sich nicht auf die Einhaltung von beispielsweise verschärften Grenzwerten für Energieverbrauch oder Abgabe verlassen können.

In der Euroschuldenkrise hat sich gezeigt, dass Banken den Takt der Finanzwirtschaft vorgeben und die Politik dazu tanzt. Sehen Sie diese Machtverhältnisse auch in der Realwirtschaft?

Der Bundesrechnungshof hat bereits vor Jahren beklagt, dass hunderte von Wirtschaftsvertretern meist der großen

DAX-Konzerne in den Ministerien ganz offiziell mitarbeiten und sich so ihre eigenen Gesetze schreiben. Aber diese Fernsteuerung der Politik durch die Wirtschaft soll im Verborgenen bleiben. Aber auch dagegen geht die DUH an und hat die Bundesregierung verklagt. Das zuständige Verwaltungsgericht hat den Fall nun dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt. In dem Fall geht es um die Offenlegung der Absprachen zwischen dem ehemaligen FDP-Wirtschaftsminister Brüderle und der deutschen Autoindustrie beim Zustandekommen des Energieverbrauchlabels für Pkw. Deutlich ist, dass Unternehmen immer dreister werden. Da verkauft ein Getränkehersteller Prozesswasser aus der Milchverarbeitung als molkehaltiges Erfrischungsgetränk, um die Mehrwegpflicht zu umgehen – und das Zeug enthält gar keine Molke.

Haben Umweltschützer eine Chance gegen die Übermacht der Konzerne?

Es ist bislang nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir brauchen eine Rückkehr des Staates zur Durchsetzung von Recht und Gesetz auch im Umweltbereich. Aber dort wo wir derzeit direkt mit unseren Möglichkeiten juristisch vorgehen, sind wir mit dem Erfolg recht zufrieden: Die Quote der verlorenen Verfahren liegt deutlich unter fünf Prozent.

Natur schützen, Wildnis wagen

Die DUH-Naturschützer schaffen lebendige Wälder und wilde Auen, kämpfen für naturnahe Flüsse und artenreiche Meere.

Die DUH unterstützt praktische Artenschutzprojekte und macht Druck in der Politik



■ Die DUH kämpft gegen Raubbau an den Wäldern und arbeitet daran, dass die Weichen im internationalen Naturschutz jetzt richtig gestellt werden. Die UN haben das Jahr 2011 zum „Internationalen Jahr der Wälder“ ausgerufen, um die Staaten der Erde aufzufordern, Wälder zu schützen und zu bewahren. Wenn nicht umgehend eine andere Politik begonnen wird, verschwinden in den nächsten 40 Jahren Wälder in einer Größe von 230 Millionen Hektar – das entspricht sechs bis sieben Mal der Fläche Deutschlands. Die Folgen für die biologische Vielfalt, das Weltklima und die Menschheit wären fatal.

Doch nicht nur die tropischen Regenwälder, sondern auch die lebendigen Wälder in Deutschland sind bedroht. Zwei Drittel der Fläche hierzulande werden heute von Ackerland, Siedlungen und Straßen eingenommen, nur ein Drittel ist noch Wald. Dieser Wald ist jedoch weit überwiegend Wirtschaftswald, angepflanzt zur Holzproduktion und regelmäßig geerntet – lange vor Erreichen der natürlichen Altersgrenze. In vielen Wäldern wachsen nicht standortgerechte Nadelbäume oder nichtheimische Arten wie die Douglasie. Die biologische Vielfalt in diesen Wirtschaftsforsten ist extrem gering. Und selbst auf den Flächen, auf denen Förster die in der Region natürlich vorkommenden Baumarten wachsen lassen, fehlen die ökologisch besonders wichtigen Zerfallsphasen des Waldes. Zur Erhaltung der biologischen Vielfalt müssen sich jedoch mindestens fünf Prozent des Waldes natürlich entwickeln können, um so auch den Urwald von morgen zu bilden. Für die Nutzung der Wälder sind dringend ökologische Leitplanken notwendig.

Die gewaltigen Aufgaben beim Schutz der biologischen Vielfalt in den hiesigen Wäldern scheinen bei der Bundesregierung noch nicht angekommen zu sein. Das für Forsten zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium hat im „Jahr der Wälder“ im Wesentlichen nur mit einer munteren Werbekampagne auf die Bedeutung der Wälder aufmerksam gemacht. Mit sinnigen Slogans wie: „Ohne ihn, da sitz' ich hier, ganz ohne Klopapier“. Ansonsten hatten die Ministerialen eine „Waldstrategie 2020“ entworfen, in der das Wort „Naturschutz“ nicht einmal vorkam. Erst der massive öffentliche Protest der DUH und anderer Naturschutzverbände hat das Schlimmste verhindert. Nun will die Bundesregierung immerhin die Ziele der von ihr selbst beschlossenen „Nationalen Strategie für biologische Vielfalt“ mit der „Waldstrategie“ auch im Wald umsetzen.

Der Naturschutzfonds Lebendige Wälder

Die DUH-Waldexperten sind gefragte Gesprächspartner. Sie haben Förster, Waldbesitzer, Wissenschaftler und Naturschützer zu der vielbeachteten Tagung „Wege zu lebendigen Wäldern“ zusammengebracht und über die aktuellen Herausforderungen für den Schutz der Biodiversität in den Wäldern debattiert.

Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Telekom hat die DUH den „Naturschutzfonds Lebendige Wälder“ gegründet. Der Naturschutzfonds unterstützt Verbände, Vereine, Waldbesitzer und Naturschutzverwaltungen, die sich für ursprüngliche Wälder einsetzen. Denn diese „lebendigen Wälder“ mit einheimischen Bäumen, Sträuchern und Kräutern, mit Lichtungen, Waldbächen und Tümpeln bieten Lebensräume für eine Vielzahl an Pflanzen und Tieren, darunter auch seltene Arten wie Schwarzstorch, Wildkatze und Schreiadler.

Der Naturschutzfonds Lebendige Wälder hat bisher sieben Leuchtturm-Projekte in ganz Deutschland ermöglicht. So entstand neuer Lebensraum für Ha-



selmaus, Hirschkäfer, Haselhuhn und Alpenbock. In Hessen schafft ein neues Projekt das ökologische Umfeld für Schwarzspecht und Waldschnepfe und im Bonner Stadtwald wachsen wieder Buchen.

Gute Beispiele für den Auwaldschutz

Die natürlichen Überflutungsflächen der Flüsse, die Auen und die auf ihnen wachsenden Auwälder sind besonders bedroht. Mit mehr als 12.000 Tier- und Pflanzenarten – einem Fünftel aller in Mitteleuropa vorkommenden Arten – zählen Auen zu den artenreichsten Lebensräumen in Mitteleuropa. Nur noch ein Prozent der Auen ist naturnah und vom Menschen relativ unbeeinflusst. An den großen regulierten Flüssen Rhein, Elbe, Donau und Oder können gerade noch zehn bis 20 Pro-

zent der ehemaligen Überschwemmungsflächen bei Hochwasser überflutet werden. Doch auch diese fruchtbaren Auen bestehen überwiegend aus Äckern, Feldern und intensiv genutzten Forsten und nicht mehr aus natürlichen Auwäldern.

Die Neuschaffung von Auen kommt nur schleppend voran. Allerdings gibt es in Deutschland und den Nachbarländern eine ganze Reihe vorbildlicher Projekte, die zeigen, wie es gehen kann. Die DUH hat mit Partnern im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz die Erfolgsfaktoren dieser Projekte analysiert. Damit andere von den „guten Beispielen“ für ihre eigene Arbeit profitieren können, haben wir in diesem Jahr eine Reihe von Workshops für Planer und Entscheider veranstaltet. Die Resonanz war enorm; unser Buch über die guten Auwaldprojekte in Europa ist im Handel erhältlich.

1000 Bäume für den Auwald

■ Die DUH und die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (ABU) setzen entlang der Lippe den Grundstock für neue Auwälder in Nordrhein-Westfalen. Aus dem Bestand alter Schwarzpappeln und Baumweiden, die sich über Generationen an die Überschwemmungsbedingungen angepasst haben, werden Stecklinge als Pflanzmaterial für neue Auengehölze gewonnen und ausgepflanzt. Im Fluss selbst profitiert die selten gewordene Fischart Quappe (oben) davon, dass Rohre und andere Schwimmhindernisse entfernt werden.



Der Schutz der Biodiversität muss Chefsache werden

2011 war nicht nur das Internationale Jahr der Wälder, sondern auch der Beginn der Dekade der Biodiversität, mit der die UN bis 2020 den weltweit dramatisch fortschreitenden Rückgang der biologischen Vielfalt stoppen und die Ökosysteme erhalten wollen. Die als großer Erfolg zu wertende Einigung der Konferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) im japanischen Nagoya Ende 2010 verpflichtet die Vertragsstaaten, bis 2020 alle umweltschädlichen Subventionen abzubauen

und mehr Geld für den Schutz des Planeten bereit zu stellen. Deutschland hat zwar maßgeblich zum Erfolg der Konferenz beigetragen. Doch im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel vermischen wir den für die Umsetzung notwendigen Willen. Die Landwirtschaftsministerin stellt sich selbst zaghafte Vorschlägen zur Reform der europäischen Agrarpolitik entgegen. Der Verkehrsminister blockiert das einst großspurig angekündigte „Bundesprogramm Wiedervernetzung“, mit dem Grünbrücken

über Autobahnen gebaut werden sollen, um zerschnittene Lebensräume wieder miteinander zu verbinden.

Die DUH fordert, dass ein bundesweites Netz von Lebensraumkorridoren geschaffen wird. Wir drängen die Bundesregierung, den Biotopverbund umzusetzen und wir lassen auch nicht locker, wenn es um die Flächen für das Nationale Naturerbe geht. Auch dank der Vermittlung der DUH und anderer großer Umweltverbände werden die wertvollsten 4.000 Hektar der Kyritz-Ruppiner-Heide im Nordwesten Brandenburgs plus bundesweit weitere 21.000 Hektar wertvolle Naturschutzflächen ins Nationale Naturerbe überführt und können zu Wildnis aus zweiter Hand werden.

■ In Dänemark war die DUH Hauptpartner von „Wild Wonders of Europe“, der weltweit größten auf Fotos gestützten Naturschutz-Kommunikationsinitiative. Mehrere hunderttausend Menschen haben sich die faszinierenden Fotos unter freiem Himmel in den Straßen Kopenhagens angeschaut.



DUH engagiert sich für das Okavango-Delta

Wildnis aus erster Hand wollen wir international erhalten: Seit November 2010 läuft unser vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördertes Projekt mit dem Ziel, das Okavango-Delta in Botswana zum Weltnaturerbe zu erklären. Unsere Projektpartnerin vor Ort, Dr. Karen Ross, erstellt das Dossier, das in allen Details darlegt, warum das Delta diesen Status verdient. Diese umfangreiche Arbeit nach einem genauen Zeitplan erfordert eine enge Abstimmung mit der Regie-



zung von Botswana und endet im Juni 2012 hoffentlich mit der Entscheidung der UNESCO, den begehrten Titel für das Delta zu vergeben.

Stärken und Schwächen der EU-Biodiversitätsstrategie

Der Schutz der Biodiversität muss zur Querschnittsaufgabe der gesamten Bundesregierung und damit auch zur „Chefsache“ werden. Diese Forderung zum Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 ist heute aktueller denn je, gilt national wie international und auch für die Umsetzung der Nagoya-Beschlüsse auf europäischer Ebene. Mit anderen Verbänden unterstützen wir das Bundesumweltministerium innerhalb der Bundesregierung bei den Beratungen des EU-Kommissions-Vorschlags der neuen EU-Biodiversitätsstrategie „Lebensversicherung und Naturkapital“. Gemeinsam mit dem Global Nature Fund haben wir Stärken und Schwächen dieser Strategie aufgezeigt. Wir begrüßen, dass das EU-Konzept unsere Vorstellungen von Biotopverbundsystemen aufgreift. Aber wir fordern eine stärkere Verantwortung und Einbeziehung der Wirtschaft, die oft der Treiber für Verluste an Lebensräumen und Arten ist.

Unternehmen und der Schutz der biologischen Vielfalt

Umso erfreulicher, dass es Unternehmen gibt, die Weichen in die Gegenrichtung stellen wollen. So wurde unser Kooperationspartner C&A beim Deutschen Nach-

haltigkeitstag in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigstes Produkt“ als weltweit führendes Textilunternehmen bei Bio-Baumwolle prämiert. Unilever bekam einen Preis in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Zukunftsstrategien“, wobei die Jury auch die Kooperation mit der DUH im Rahmen des Projekts „Lebendige Elbe“ angeführt hat.

Nicht nur an der Elbe wollen wir die Bedeutung des Werts der Biodiversität einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln. Wir begrüßen daher, dass das Bundesumweltministerium nun endlich eine umfassende Studie zur ökonomischen Bewertung der Leistungen von Ökosystemen beauftragt hat. Die Untersuchung soll deutlich machen, welchen Wert die Natur hat, die noch zu oft als kostenloses Gut verstanden wird. Die DUH wird die Umsetzung dieses Vorhabens ebenso aufmerksam verfolgen und kontinuierlich begleiten wie weiterhin die der gesamten Nationalen Biodiversitätsstrategie.

Wildnis hat einen Wert

Nicht erst angesichts der alarmierenden Zahlen der vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenen Naturbewusstseinsstudie, nach der nur 22 Prozent der Deutschen die Bewahrung der biologischen Vielfalt als eine vorrangige gesamtgesellschaftliche Aufgabe ansehen, halten wir deren Vermittlung im Sinne einer „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ für unverzichtbar. Unsere

praktischen Erfahrungen in dem von der Deutschen UNESCO-Kommission ausgezeichneten Projekt „Wer is(s)t fair“ des DUH-Regionalverbands Nord, mit dem deutsch-tschechischen Projekt „Schulen für Lebendige Elbe“ oder auch die Reaktionen auf unseren Impulsbeitrag für einen nachhaltigeren „Konsum und Lebensstil – Biodiversität für jeden Tag“ beim Kongress „Jugend, Zukunft, Vielfalt“ mit 200 Jugendlichen und jungen Erwachsenen verdeutlichen, wie wichtig die Bewusstseinsbildung gerade bei jungen Menschen ist, um die Akzeptanz für notwendige Naturschutzmaßnahmen zu schaffen.

Die DUH hat deshalb gern die Sprecherrolle in der Arbeitsgruppe Biodiversität beim von der Deutschen UNESCO-Kommission eingerichteten Runden Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung übernommen. Auch in diesem Rahmen werden wir auf die Bedeutung von Wildnis und Ökosystemdienstleistungen deutlich hinweisen und die Vorteile eines ineinandergreifenden Klima- und Biodiversitätsschutzes aufzeigen. Unsere Verantwortung als Konsumenten für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt werden wir deutlich machen ohne dabei zu vergessen, die Politik immer wieder zur Bekämpfung der Ursachen des Biodiversitätsverlustes aufzurufen.



Zwischen Wattenmeer und Riff – Nachhaltigkeit und Artenschutz in den Weltmeeren

Mit der Ausweitung der Schifffahrt, dem Rohstoffabbau, der Fischerei und dem Bau von Offshore-Windkraft-Anlagen nimmt der Druck auf die Meere und ihrer Bewohner zu. Zunehmend kollidieren die unterschiedlichen Nutzungen auch untereinander. Um so wichtiger wird eine nachhaltige Bewirtschaftung.

Jenseits ihres natürlichen Eigenwerts sind die Meere für das Leben an Land von elementarer Bedeutung. Die Meere vor unseren Küsten sind reich an biologischer Vielfalt: Mehr als 12.000 Arten leben im europäischen Atlantik, ca. 6.000 unterschiedliche Arten leben in der Ostsee. Die Ozeane produzieren mehr als die Hälfte des Sauerstoffs. Die Weltmeere regulieren und stabilisieren das Klima. Und sie versorgen den Menschen mit wichtigen Nahrungsressourcen. Gerade die

Fischerei ist mit weit reichenden, zum Teil nicht absehbaren Auswirkungen auf die Ökosysteme der Meere verbunden. Nicht nur Zielarten, sondern die gesamte Meeresfauna und ihre zum Teil äußerst empfindlichen Lebensräume werden beeinträchtigt. Die DUH setzt sich deshalb vehement mit ihren Partnern der OCEAN2012-Allianz für eine weltweit nachhaltige Fischerei in gesunden Meeren ein.

DUH engagiert sich in Brüssel für bessere Fischereipolitik

Die Fischereipolitik in Europas Gewässern wird weitgehend in Brüssel entschieden. Die DUH unterhält daher enge Kontakte zu internationalen Meeresschutzorganisationen und knüpft Bande mit den Zuständigen in der EU-Kommission und im Europäischen Par-

lament. Als im Juli 2011 die EU-Kommission die Entwürfe für eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik vorgelegt hat, war die DUH eine gefragte Ansprechpartnerin. Wir haben unermüdlich darauf hingewiesen, dass der Kommissionsentwurf nicht alle Voraussetzungen für die notwendige dramatische Wende erfüllt. Die Enttäuschung über den Entwurf war groß, denn die Kommission hatte eine „umfassende, tiefgreifende Reform“ zur Behebung der herrschenden Missstände angekündigt und wollte die massive Überfischung und die hohen Mengen Beifang verringern, die Überkapazitäten bei den Flotten und die Abhängigkeit des Sektors von staatlichen Beihilfen abbauen.

Die Umwelt- und Entwicklungverbände haben daher ihre Kritikpunkte in einem gemeinsamen Positionspapier niedergelegt. Mit intensiver Kontaktar-

beit wirbt die DUH für eine Verbesserung des Reformvorschlags. Denn nun liegt es in der Verantwortung des EU-Parlaments und des EU-Ministerrats für Landwirtschaft und Fischerei, dass die künftige Gemeinsame Fischereipolitik für gesunde Fischbestände sorgt und im Rahmen der Meeresstrategierahmenrichtlinie zu einem guten Umweltzustand der EU-Gewässer beiträgt. Die Gemeinsame Fischereipolitik muss die Überfischung beenden, die Schädigung von Ökosystemen verringern und einen Fischereisektor unterstützen, der ökologisch nachhaltig sowie sozial und wirtschaftlich tragfähig ist.

Nur eine ökologisch nachhaltige Fischereipolitik wird den europäischen Verbrauchern dauerhaft eine große Auswahl an verantwortlich und regional gefangenem Fisch zur Verfügung stellen. Die DUH wird die Bundesregierung daran erinnern, dass sie ihr gesamtes politisches Gewicht geltend macht, um für mehr Nachhaltigkeit in den Meeren zu sorgen.

Artenschutz für Schweinswal und Hai

Die Natura2000-Schutzgebiete sollen nicht nur zu Land für einen umfassenden Arten- und Lebensraumschutz sorgen. Meeresschutzgebiete können einen wichtigen Beitrag leisten, um dem Verlust der Artenvielfalt im Meer Einhalt zu gebieten. Ein Drittel der küstennahen 200-Meilen Zone in Nord- und Ostsee wurden als Natura2000-Gebiete ausgewiesen. Im Sommer 2011 hat die Bundesregierung die schon lange erwarteten Vorschläge für Fischereimaßnahmen vorgestellt, die dem Schutz von Sandbänken und Rifften dienen und das Schutzgebiet der einzigen heimischen Walart – den Schweinswal – verschonen sollen. Die DUH hat angemahnt, dass die Bundesregierung ihren europäischen Verpflichtungen nachkommt und zügig noch weiter reichende Maßnahmen zur Einschränkung der Fischerei auf den Weg bringen muss.

Um das Bewusstsein für das fragile Leben im Meer zu stärken, hat die DUH



zwei Aktionswochen für den Meeresnaturschutz veranstaltet und ist an eine breite Öffentlichkeit herangetreten. Während der diesjährigen European Fish Week des Aktionsbündnisses OCEAN2012 haben wir in einer Ausstellung historische Fotos über den Fischreichtum und den Zustand der Meere gezeigt. Die Fotos aus ganz Europa belegen, dass die Meere und auch die europäischen Küstengewässer noch Anfang des 20. Jahrhunderts in einem gesünderen Zustand waren. Erst die Überfischung hat das Gleichgewicht gestört. Die Fotos zeigen auch, dass die Fischerei früher wesentlich ertragreicher war als wir uns das heute vorstellen können. Die in ganz Europa – und von der DUH in Deutschland – gesammelten Zeugnisse für den vergangenen Reichtum der Meere und der Fischereigemeinschaften haben wir nach der Ausstellung den EU-Fischereiministern geschickt. Unsere Botschaft: „We want it back – das wollen wir wiederhaben.“

Haie gehören zu den faszinierendsten Fischen der Ozeane. Vom nur 20 Zentimeter langen Zylindrischen Laternenhai bis zum 14 Meter langen Walhai bilden Haie ein breites Artenspektrum mit komplexem Sozialverhalten. Haie sind die perfekten Jäger, sie haben sich hervorragend an die unterschiedlichen Lebensräume angepasst, doch sie haben einen großen Feind: den Menschen. Während der European Shark Week haben wir eine Reihe von Vorträgen organisiert, mit denen wir die

Öffentlichkeit über das Leben der Haie und ihrer Gefährdung informiert haben. Bis zu 100 Millionen Haie und die verwandten Rochen werden Jahr für Jahr getötet. Sie landen als Beifang in den Schleppnetzen. Haie werden oft allein wegen ihrer Flossen aus dem Meer gezogen und in einer als Finning bezeichneten Methode zerteilt: Die Fischer trennen die für den Handel kostbaren Haiflossen unmittelbar nach dem Fang an Bord ab und entsorgen den verstümmelten Tierkörper im Meer. Im Rahmen einer europaweiten Petition hat auch die DUH Unterschriften für ein vollständiges Finning-Verbot gesammelt und sich für Fanggrenzen für Haie und Rochen auf der Grundlage wissenschaftlicher Empfehlungen stark gemacht.

Wir danken unseren Partnern im Naturschutz für die gute Zusammenarbeit:

Alcoa Foundation, Bundesamt für Naturschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, C&A, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Ecologic, Garpa, Hanns-R.-Neumann-Stiftung, Kyocera Mita, Pew Charitable Trusts, Deutsche Telekom und Unilever.

Weitere Informationen zu den Naturschutzaktivitäten der DUH erhalten Sie unter www.duh.de/naturschutz_biodiversitaet.html

Kommunen wollen Natur in der Stadt

Frei fließende Flüsse, ein Bauernhof in der Stadt, Kraut und Wiesen im Bürgerpark: Städte und Gemeinden sind erfindungsreich, um die biologische Vielfalt zu fördern. Die Besten hat die DUH im Wettbewerb zur Bundeshauptstadt der Biodiversität gekürt. Ganz vorn: Hannover



■ In vielen Städten Deutschlands leben mehr Tier- und Pflanzenarten als auf dem Land ringsum. Nachtigallen singen in Laubenkolonien, aus dem Park ruft der Uhu und selbst die großen Wilden wie Fuchs, Dachs, Marderhund, Mäusebussard und Sperber fühlen sich unter den Städtern wohl. Die biologische Vielfalt zu ermöglichen und zu erhalten ist für die Städte und Gemeinden gleichzeitig Freude und Herausforderung. Denn Natur macht Städte lebenswerter, die Menschen fühlen sich wohl im Grün der Stadt. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch eine Menge bewegen, um Lebensräume für Tiere und

Pflanzen zu erhalten oder zu schaffen. Die DUH ist davon überzeugt, dass Städte und Gemeinden eine herausragende Rolle für den Erhalt der biologischen Vielfalt in einem Industrieland haben. Um ihre Arbeit zu würdigen und zu unterstützen, hat die DUH im Internationalen Jahr der Biodiversität 2010 den Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ ausgeschrieben. Städte und Gemeinden waren aufgerufen, ihre Erfolge im Naturschutz und die Pläne für die Zukunft vorzustellen. 124 Städte und Gemeinden haben sich in verschiedenen Größenklassen beworben, 900 Projekte eingereicht und 26-Seiten

lange Fragebögen beantwortet. Eindeutiger Sieger ist Hannover. Die niedersächsische Landeshauptstadt hat vor allem damit überzeugt, dass sie die biologische Vielfalt in der Stadtentwicklung berücksichtigt. Hannover hat ein Biodiversitätsprogramm entwickelt und baut u.a. Bäche und Flüsse naturnah um, bewirtschaftet den Stadtwald zertifiziert nachhaltig und lässt die Natur auf ehemals eintönigen Rasen sprießen. Die Stadt unterstützt die Bürger bei der Begrünung von Wohngebieten und hat z.B. einen Kinderwald und einen Stadtteilbauernhof eingerichtet.

Die weiteren Gewinner sind in der jeweiligen Größenklasse Ravensburg in Oberschwaben, Ratekau in Schleswig-Holstein und die Gemeinde Nettersheim in der Eifel. Den Sonderpreis „Natur in der Stadt“ erhält Leipzig. Der Sonderpreis „Umweltbildung und Umweltgerechtigkeit“ geht an Marburg. Dank der Stiftung Lebendige Stadt konnten die Gewinner sich über ein Preisgeld von insgesamt 50.000 Euro freuen.



Biologische Vielfalt in Europa – die European Capitals of Biodiversity

Der Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ wurde auf der UN-Biodiversitätskonferenz in Nagoya von den Vereinten Nationen als Modell begrüßt und weiterempfohlen, um auch in anderen Ländern die Städte und Gemeinden beim Schutz der Biodiversität zu stärken. Mit Hilfe des europäischen Förderprogramms LIFE+ und europäischen Partnerorganisationen der DUH haben wir den Wettbewerb auf Europa ausgeweitet. Mit unseren Partnern in den jeweiligen Ländern suchen wir die „European Capitals of Biodiversity“ auch in Frankreich, Spanien, Ungarn und der Slowakei. 2011 haben wir bereits die zweite Wettbewerbsrunde nach 2010 durchgeführt.

Auch in diesem Jahr haben die kleinen Kommunen den größeren Städten in fast allen Ländern den Rang abgeliefert. In der Slowakei hat Kremnica mit 5.000 Einwohnern klar gewonnen. Der Preis in Spanien geht an die kleine Stadt Puebla de Sanabria im äußersten Nordwesten des Landes, die u.a. mit dem Aufbau eines Informations- und Forschungszentrums über den Iberischen Wolf punkten konnte. In Ungarn hat die Stadt Szentes gewonnen, die ein vorbildliches Flussmanagement betreibt. Nur in Frankreich hat eine Großstadt gewonnen: Das südfranzösische Montpellier am Mittelmeer hat u.a. mit einem „Masterplan für ein grünes Netzwerk“ in der Stadt und seinen internationalen Einsatz für die Biodiversität im urbanen Raum überzeugt.

Förderer beider Wettbewerbe: Das europäische Umweltförderprogramm-LIFE+ und die Stiftung Lebendige Stadt.

Natürlich sozial – Umweltgerechtigkeit und biologische Vielfalt

Die DUH hat schon sehr früh auf das Thema Umweltgerechtigkeit hingewiesen. Gerade einkommensschwache Bevölkerungsgruppen leiden in vielen Städten stärker unter Straßenlärm und Abgasen, haben weniger Zugang zu Parks und naturnahen Grünflächen. Dabei ist es bekannt, dass Naturerfahrung eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung von Kindern ist. Und dass Natur am Wohnort das Wohlbefinden und die Gesundheit des Menschen fördert.

Dank der Unterlagen für den Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ haben wir umfangreiche Informationen über die Naturschutzprojekte von Städten und Gemeinden. Um dieses wertvolle Wissen nicht im Aktenschrank schlummern zu lassen, haben wir die überzeugendsten Projekte in einer Broschüre zusammengefasst. Nun können auch andere Kommunen davon profitieren. Und wir haben Sozial- und Naturschutzverbände, Vertreter von Städten und Kommunen und Wissenschaftler zum Fachkongress „Umweltgerechtigkeit und biologische Vielfalt“ zusammengebracht. Nach einem intensiven Austausch haben die

Teilnehmer sich auf eine Resolution geeinigt und wollen soziale Aspekte im Naturschutz stärker berücksichtigen.

Förderer: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt.

Das Bündnis für biologische Vielfalt

Gemeinsam haben DUH und Bundesamt für Naturschutz Dialogforen mit Städten und Gemeinden zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt durchgeführt. Sie haben mehr als 200 Landkreise, Städte und Gemeinden überzeugt, eine freiwillige Selbstverpflichtung zum Schutz der biologischen Vielfalt zu unterzeichnen. Das ist schon ein schöner Erfolg, aber die Kommunen wollen mehr. Sie bilden das Bündnis der „Kommunen für biologische Vielfalt“, das sie im Februar 2012 als eingetragener Verein festigen werden. In dem Bündnis werden die Kommunen sich u.a. über gemeinsame Projekte zum Schutz der biologischen Vielfalt austauschen. Und sie werden zusammen ihre Argumente nutzen, um die Öffentlichkeit zu informieren und Bundes- und Landespolitik mit zu gestalten.

Förderer: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Bundesamt für Naturschutz.

Energiewende aller Orten

Städte und Gemeinden fördern den Klimaschutz und die Energiewende. Denn längst haben sie in den erneuerbaren Energien die Chancen für die lokale Energieerzeugung und für umweltfreundliche Kommunen entdeckt. Die DUH unterstützt sie dabei



■ Nach dem Atomausstieg sind Städte und Gemeinden stärker als zuvor zu Antreibern der Energiewende geworden. Von den Kommunen wird in entscheidendem Maße abhängen, ob die dezentrale Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen vorangetrieben wird. Die DUH unterstützt die Städte und Gemeinden mit vielfältigen Angeboten wie Coaching und Wettbewerben bei der Erreichung ihrer Ziele. Im Austausch mit Vertretern von Kommunen verdeutlichen wir darüber hinaus, wie wichtig die effiziente Nutzung von Energie für den Klimaschutz ist.

Stadtwerke können Vorreiter der Energiewende sein

Mit der Liberalisierung des Strommarktes in den späten 1990er Jahren wurde das Ende der Stadtwerke vorausgesagt. Diese Prognose trat zwar nicht ein, jedoch fuhren die kommunalen Energieversorger die Energieerzeugung in eigenen Kraft- und Heizwerken stark zurück. Sie konzentrierten sich fortan auf den Energiehandel, um die Versorgung ihrer Kommunen und Regionen zu gewährleisten. Seit einigen Jahren kehrt sich dieser Prozess um, denn in den

Kommunen und den öffentlich betriebenen Unternehmen hat ein Umdenken eingesetzt. Die Kommunen erkennen die Vorteile, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger selbst mit Strom und Wärme versorgen. Ihre Unabhängigkeit sehen sie als ein hohes Gut an. Und sie freuen sich über die kommunale Wertschöpfung, die daraus entsteht.

Diese Entwicklung lässt sich u.a. im DUH-Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ ablesen. Hier zeigt sich, dass Stadtwerke wieder mehr in eigene Erzeugungsanlagen investieren und sich

darüber hinaus in Projekten außerhalb der Gemeindegrenzen finanziell engagieren. Die Ergebnisse des Wettbewerbs haben wir in der Broschüre „Klimaschutz jetzt – Städte und Gemeinden gehen voran“ dokumentiert und an rund 8.000 Kommunen verschickt.

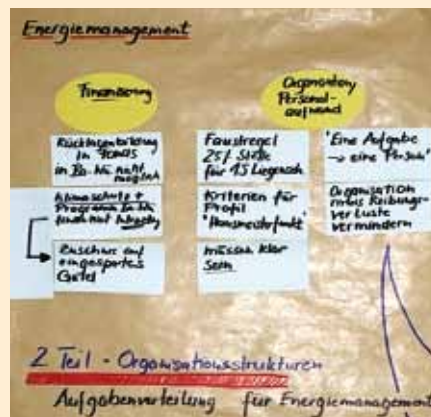
Die Stadtwerke wollen die Versorgung mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Energieträgern voranbringen. Bis 2020 streben sie an, ihren Anteil am Strommarkt von heute zehn Prozent auf dann 20 Prozent zu verdoppeln. Nach Aussage der Dachorganisation Verband kommunaler Unternehmen (VKU) wollen sie dabei stark auf erneuerbare Energien und die effiziente Kraft-Wärme-Kopplung setzen.

Die DUH unterstützt die kommunalen Unternehmen. In einem neuen Wettbewerb ermitteln wir, wie stark die kommunalen Energieversorger schon heute zur Energiewende beitragen. In einer ersten Phase erheben wir Eckwerte der Energieerzeugung von Stadtwerken. Mit diesen Daten erstellen wir Anfang 2012 ein Ranking mit den zehn führenden Unternehmen und veröffentlichen das Ergebnis. In der zweiten Phase fragen wir umfangreiche Informationen bei den Stadtwerken ab. So wollen wir zum Beispiel wissen, wie die mittelfristigen Strategien für eine klima- und ressourcenfreundliche Energieversorgung aussehen. Wir fragen, wie die Unternehmen die noch weitgehend ungelösten Fragen der Netzintegration und der Speicherung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien angehen und ob die Stadtwerke Allianzen mit anderen kommunalen Energieversorgern eingehen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Die DUH dankt der First Solar GmbH für die finanzielle Unterstützung des Wettbewerbs.

Kommunen profitieren von Erneuerbaren Energien

Die regionale Wertschöpfung aus der Nutzung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort wird oft zitiert. Studien, die diese Wertschöpfung tatsächlich untersuchen, gibt es allerdings kaum. Diese Lücke füllen die DUH



und das IfaS-Institut mit dem Forschungsprojekt „Kommunale Investitionen in erneuerbare Energien“. In der vom Bundesumweltministerium geförderten Untersuchung dokumentieren DUH und IfaS den Ausbau der Erneuerbaren Energien in elf Kommunen zwischen den Jahren 2000 und 2010. Ausgehend von der installierten Leistung der vorhandenen Energieträger ermitteln die Experten die Wertschöpfung und den Anteil, den die Kommunen selbst am Ausbau der erneuerbaren Energien haben, z.B. mit eigenen Investitionen, Beteiligungen an Anlagen, Förderprogrammen oder über die Bauleitplanung. Aus den Daten können dann Empfehlungen für andere Kommunen abgeleitet werden, die ihre Energieversorgung dezentral und regenerativ gestalten möchten. Die Ergebnisse der Studie werden 2012 veröffentlicht.

Klimaschutz-Coaching lohnt sich

Kleinere und mittelgroße Kommunen haben sich oft wegen geringer Mitarbeiterzahl und enger Finanzen noch nicht an den Klimaschutz gewagt. Zusammen mit dem Klima-Bündnis und dem IfeU-Institut hat die DUH daher das „Coaching Kommunaler Klimaschutz“ für Städte und Gemeinden entwickelt, die mit dem Klimaschutz gerade beginnen.

Verschiedene Instrumente erleichtern ihnen den Einstieg: Das „(Durch)StarterPaket“ empfiehlt konkrete Maßnahmen wie z. B. Einstiegsmöglichkeiten in die ei-

gene Energieerzeugung. Mit dem „Schnellkonzept“ können die Kommunen ein Klimaschutzkonzept unkompliziert selbst umsetzen. Mit den Argumentationshilfen „Runter von der Klimaschutz-Bremse“ und „Kommunaler Klimaschutz wirkt“ lassen sich auch Skeptiker von den Vorzügen des kommunalen Klimaschutzes überzeugen. Bis Projektende stellen wir weitere hilfreiche Instrumente im Internet zur Verfügung. In fünf Pilotkommunen führen wir außerdem mit externen Beratern Coaching-Workshops durch. Sie helfen den Kommunen aus ihrer individuellen Situation heraus, wichtige Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes wie z. B. ein eigenes Energiemanagement gezielt anzugehen.

Das Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt fördern das Projekt.

SolarLokal feiert Jubiläum

Die Kampagne „SolarLokal“ hat 2011 ein Jubiläum gefeiert. Mit der bayrischen Gemeinde Loiching hat sich die 400. Kommune der Kampagne angeschlossen. Auch Loiching wirbt nun mit Unterstützung von SolarLokal bei Bürgerinnen und Bürgern für die Nutzung von Solarstrom für Klimaschutz und Finanzhaushalt. Besonders gefreut haben sich die Solar World AG und die DUH als Träger der Kampagne, dass im Jahr 2011 einige kleinere Gemeinden rechnerisch bereits 20 Prozent und mehr Solaranteil an der Stromversorgung erreichen.

Im Einsatz für die Rechte der Verbraucher

Als Anwältin der ökologisch interessierten Verbraucher macht sich die DUH nicht nur Freunde. Kühlschrankschrankhersteller, Baumärkte und vor allem die Automobilindustrie verstoßen zum Teil immer dreister gegen Verbraucher- und Klimaschutzgesetze. Die DUH hält dagegen – mit Erfolg



■ Verbraucher haben Rechte, die manch ein Unternehmen gern mal ignoriert. Da der Staat die bestehenden Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze in Deutschland zudem kaum kontrolliert, bleibt auch die Verfolgung von Rechtsbrüchen reine Glücksache. Die DUH beobachtet zunehmend Verstöße gegen Gesetze zur Luftreinhaltung (siehe S. 12) und zur Entsorgung von schadstoffhaltigen Elektrogeräten (siehe S. 30). Auch eines der zentralen Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze – die Energieverbrauchskennzeichnung von großen Haushaltsgeräten und Autos – wird ständig missachtet.

Seit mehr als zehn Jahren sind die Hersteller und Händler von Waschmaschinen, Kühlschrankschrankherstellern, Backöfen, Geschirrspülern und seit 30. November 2011 auch Fernsehern gesetzlich verpflichtet, den Energieverbrauch deutlich sichtbar zu kennzeichnen. Die EU wollte mit der Kennzeichnungspflicht erreichen, dass Verbraucher den Energieverbrauch der Geräte auf einen Blick erkennen und damit die Umwelt- und Klimaauswirkungen ihrer Kaufentscheidung einschätzen können. In Testbesuchen stellen die DUH-Verbraucherschützer aber immer wieder fest, dass Möbelhäuser, Küchenstudios und andere Händler von Küchengeräten die Kennzeichnungspflicht schlicht missachten.

Die Unternehmen der Automobilindustrie stehen Küchenstudios in nichts nach. Auch Autohersteller und Händler ignorieren noch Jahre nach Inkrafttreten die für sie geltende Kennzeichnungspflicht. Laut Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungspflicht müssen sie Kunden über Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß der Au-

tos informieren. Die DUH bringt die fortwährenden Rechtsverstöße der Autoindustrie notfalls vor Gericht, um den Umwelt- und Klimaschutzgesetzen Geltung zu verschaffen. Gerichte bestätigen regelmäßig die Rechtsbrüche von Industrie und Handel.

Die Automobilindustrie hat aber keinerlei Skrupel, sogar mit rein erfundenen Umweltvorteilen für den Kauf ihrer Produkte zu werben. Ein Autokonzern wollte Neukunden mit einer „Umweltprämie“ locken. Die war einzig daran geknüpft, dass beim Kauf eines Neuwagens das in Zahlung zu gebende Auto mindestens drei Monate auf den Halter zugelassen war. Ein besonderer Umweltvorteil ging damit nicht einher, da der Gebrauchtwagen auch bessere Eigenschaften als die beworbenen Fahrzeuge haben konnte. Dem Verbraucher wurde suggeriert, beim Kauf eines Neuwagens dieses Herstellers besonders umweltfreundlich zu handeln. Die DUH hat den Fall vor Gericht gebracht, das die Werbung als grob irreführend bezeichnete und diese Werbung verbot.

Autolobby im Wirtschaftsministerium

Nur selten zeigt sich der lange Arm der Autolobby im Wirtschaftsministerium so deutlich wie bei der Novellierung der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnung (Pkw-EnVKV). Seit Dezember 2011 erhält nach der neuen Pkw-EnVKV ein Audi Q7 Luxusjeep eine bessere Umweltnote als ein Fiat Panda Kleinwagen. Analog zum bekannten Energielabel werden nun auch Autos in Energieeffizienzklassen von A+ (hoch effizient) bis G (wenig effizient) eingeteilt. Die Fahrzeuge werden jedoch nach Gewicht in die jeweilige Effizienzklasse eingeteilt. Das bedeutet: Große, schwere und stark motorisierte Fahrzeuge werden begünstigt. Die DUH meint, dass nicht die Masse eines Fahrzeugs entscheiden sollte, sondern der tatsächliche Nutzwert also die Fahrzeuggrundfläche. Darauf hat die DUH die zuständige EU-Kommissarin sowie den Vorsitzenden des Unterausschusses des EU-Parlaments und die Umwelt-, Verkehrs- und-



Wirtschaftsminister in Bund und Ländern mehrfach schriftlich hingewiesen. Gleichzeitig haben wir nach dem Umweltinformationsgesetz vom Bundeswirtschaftsministerium verlangt, dass wir die Unterlagen über die Einflussnahme der Autoindustrie auf die Novelle der Pkw-EnVKV einsehen. Die DUH hatte Hinweise darauf, dass die Autoindustrie bereits bei der Festlegung der Eckpunkte für die neue Pkw-EnVKV einbezogen war. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte zudem mitgeteilt, dass die neue Energieverbrauchskennzeichnung „auch von den deutschen Automobilherstellern mitgetragen“ werde. Der Minister habe sich mit der Industrie geeinigt, hieß es, jene gewichtsbezogene Einstufung der Pkw in Effizienzklassen vorzunehmen.

Die Unterlagen hält das Bundeswirtschaftsministerium weiter unter Verschluss. Die DUH hat daher Beschwerde wegen Auskunftsverweigerung beim Verwaltungsgericht Berlin eingelegt. Das Verwaltungsgericht hat Anfang Oktober 2011 beschlossen, nun den Europäischen Gerichtshof direkt klären zu lassen, ob das deutsche Umweltinformationsgesetz (UIG) in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung Europarecht verletzt. Das UIG nimmt alle Informationen von der Offenlegung aus, die im Rahmen der Erarbeitung einer Rechtsverordnung entstanden sind. Die dem UIG zugrundeliegende EU-Richtlinie erlaubt eine Ausnahme aber nur,

wenn es sich um Unterlagen handelt, die im Zuge einer Gesetzgebung entstanden sind. Der EuGH muss nun entscheiden, ob diese Ausnahme – wie in der deutschen Umsetzung der EU-Richtlinie geschehen – auch für Rechtsverordnungen greift, die keine formalen Gesetze sind. Weil ein Großteil des Umweltrechts in Deutschland auf Rechtsverordnungen beruht, hat die Frage über den konkreten Fall hinaus herausragende Bedeutung für das Informationsfreiheitsrecht.

Herrschaftswissen in Verbraucherhand

Umwelt- und Verbraucherschutz fängt beim Gesetz an. Die DUH-Juristen haben sich daher von Anfang an in den Änderungsprozess für das Verbraucherinformationsgesetz eingemischt. Sie haben Stellungnahmen zu den Referententwürfen abgegeben und erfreulicherweise greifen die Entwürfe der Bundesregierung grundlegende Forderungen der DUH und anderer Verbraucherschutzorganisationen auf. Völlig inakzeptabel ist jedoch, dass Behörden in Zukunft die Informationsbegehren von Bürgern und Organisationen ohne größere Begründung ablehnen dürfen. Nach dem Wunsch der Bundesregierung sollen Behörden einen Antrag dann ablehnen können, wenn die Behörde sich durch die Bearbeitung in der Erfüllung ihrer Aufgaben beeinträchtigt sieht. Die DUH sieht damit den Sinn des Verbraucherinformationsgesetz entstellt, denn statt mehr Transparenz zu schaffen, würde mit der Neuregelung das Amtsgeheimnis verfestigt. Die DUH fordert stattdessen Herrschaftswissen in Verbraucherhand und wird sich weiter für Transparenz und die Durchsetzung von Informationsrechten für Bürger einsetzen.

Nachhaltig eine Bestnote für das Mehrweg

Umweltfreundlich, wirtschaftlich und gut für den Arbeitsmarkt: Mehrwegflaschen schneiden in der ersten Nachhaltigkeitsstudie von Getränkeverpackungen am besten ab. Das bestärkt die DUH. Dabei gehen das Greenwashing und die Verbrauchertäuschung in der Einwegverpackungsindustrie munter weiter. Dagegen geht die DUH auch juristisch vor



■ Die DUH engagiert sich bereits seit mehr als 20 Jahren für Mehrweg, denn die bis zu 50 mal wiederbefüllbaren Glasflaschen sind umweltfreundlicher als Plastik-Einwegflaschen, Getränkekartons oder Dosen. Mehrweg ist Klimaschutz. Doch Mehrwegflaschen haben auch klare wirtschaftliche und soziale Vorteile gegenüber Ex-und-Hopp-Verpackungen.

Mehrweg schlägt Einwegpfand schlägt den Grünen Punkt, ist das Ergebnis einer Studie der internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC vom Sommer 2011. Im Auftrag der DUH haben die PwC-Berater erstmalig die Nachhaltigkeit der drei Verpackungssysteme untersucht. Die klassische Mehrwegflasche aus Glas oder Kunststoff ist demnach Einwegverpackungen mit oder ohne Pfand deutlich überlegen. Mehrwegflaschen sind ökologischer, ökonomischer und haben weitaus bessere soziale Auswirkungen als Einwegverpackungen.

Die Mehrwegflasche ist umweltfreundlicher, da sie meist auf kurzen oder sehr kurzen Wegen transportiert wird, häufig wiederbefüllt wird und in der Herstellung weniger Ressourcen verbraucht als Einweggetränkeverpackungen. Die hohen Rücklaufquoten und die Wiederverwendung bringen den Unternehmen wirtschaftliche Vorteile. So sparen die Getränkehersteller Kosten und haben trotz der höheren Investitionen eine bessere Rendite der Mehrweganlagen. Da Mehrwegsysteme arbeitsintensive Schritte wie Reinigen und Sortieren der Flaschen enthalten, stärken sie zudem den Arbeitsmarkt.

system

Getränkkartons oder unbepandete Flaschen, die in gelben Säcken und Tonnen gesammelt werden, schneiden in der PwC-Studie am schlechtesten ab. Sie landen oft im Hausmüll oder in der Landschaft und werden außerdem nicht so hochwertig recycelt wie bepfandete Getränkeverpackungen.

Die PwC Studie bestärkt uns darin, von der Bundesregierung die seit Jahren überfälligen zusätzlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Mehrwegquote im Getränkebereich zu fordern. Hierzu halten wir eine Lenkungsabgabe auf alle Einweggetränkeverpackungen für erforderlich sowie eine Ausdehnung des Einwegpfands auf alle bisher unbepandeten Erfrischungsgetränke wie z.B. Fruchtsaft. Damit Verbraucher überhaupt Mehrweg- und Einwegverpackungen auf einen Blick unterscheiden können, sollen zukünftig die Verpackungen eindeutig gekennzeichnet werden. Um die umweltschädlichen Wirkungen von Einwegflaschen und Kartons einzupreisen und damit Mehrweg attraktiver zu machen, fordert die DUH eine Lenkungsabgabe auf alle Einweggetränkeverpackungen.

Die Studie finden Sie unter www.duh.de/pwc_getraenkestudie.html.

Tetra Pak hängt sich einen grünen Mantel um

Das Verpackungsunternehmen Tetra Pak GmbH & Co KG preist in einer Werbekampagne seine Getränkekartons mit geschönten Aussagen als eine der umweltverträglichsten Getränkeverpackungen an. Einer der Gründe dafür sei ein „vollständiges Recycling“ der Getränkekartons. Recherchen der DUH haben jedoch ergeben, dass nur 34 Prozent der Materialien in den in Deutschland verkauften Getränkekartons recycelt werden.

Die niedrige Recyclingquote hat viele Gründe, wie die DUH auf Basis von Zahlen des Umweltbundesamts und der Verpackungsbranche errechnet hat. So landen ein Viertel der Getränkekartons im Hausmüll und gelangen nie in eine Recyclinganlage. Die aus Gelben Sä-



cken und Tonnen stammende Menge Getränkekartons, die an die Recyclinganlage geliefert wird, besteht nur zu einem Teil aus Getränkekartons. Allein 12 Prozent der Menge sind Feuchtigkeit, Produktreste und Anhaftungen. Ein Viertel der gelieferten Menge sind andere Kartons. Die aus Kunststoff bestehenden Ausgusshilfen und Deckel der Getränkekartons werden zum Großteil verbrannt, also nicht recycelt. Das Aluminium landet als Bauxitersatz in der Zementindustrie. Zieht man all diese Stoffe von den rund 215.000 Tonnen Getränkekartons ab, die jährlich in Deutschland in Verkehr gebracht werden, ist die Recyclingquote 34 Prozent.

Getränkekartons werden also nicht vollständig recycelt, wie Tetra Pak behauptet. Klar ist damit außerdem, dass Getränkekartons schon lange nicht mehr die Quote von 64 Prozent erfüllen, die ihnen vor Jahren die Befreiung von der Pfandpflicht eingebracht hat. Und ökologisch vorteilhaft, wie damals angenommen, sind Getränkekartons mit ständig steigenden Plastikanteilen nach Überzeugung der DUH auch nicht mehr. Die DUH fordert daher vom Bundesumweltministerium eine Neubewertung von Getränkekartons und Aberkennung der bisher geltenden „ökologischen Vorteilhaftigkeit“ von Getränkekartons.

Greenwashing bei Danone

Einen dreisten Fall von Greenwashing hat die DUH bei Danone aufgedeckt. Im April 2011 hat das Unternehmen für seinen Joghurt der Marke Activia Becher

aus dem so genannten Biokunststoff Polylactid (PLA) eingeführt. Danone hat damit geworben, dass der PLA-Becher aus Maisstärke umweltfreundlicher sei als der Vorgänger aus erdölbasierten Kunststoff. Bei dieser Aussage beruft sich Danone auf eine Studie des Instituts für Energie und Umweltforschung (Ifeu-Institut), die das Unternehmen in Auftrag gegeben hat. Das Ifeu kommt allerdings zu einem ganz anderen Ergebnis: Die Öko-Bilanz des PLA-Bechers sei gesamtökologisch keineswegs besser als die von Bechern aus dem Kunststoff Polystyrol auf Rohölbasis.

Laut Ifeu hat der PLA-Becher lediglich einzelne Vorteile gegenüber dem alten und verursacht z.B. weniger Treibhausemissionen und hat eine bessere Rohölbilanz. Das Ifeu warnt aber ausdrücklich davor, einzelne Ergebnisse der Studie für eine gesamtökologische Bewertung heranzuziehen. Denn die Herstellung des Biokunststoffbechers belastet Böden und Gewässer. Die Nachteile verschweigt Danone jedoch ebenso wie die Tatsache, dass es keinen Recycling-Kreislauf für den Biokunststoff PLA gibt. Die PLA-Becher von Danone werden nicht stofflich recycelt und bestenfalls verbrannt. Für die DUH ist diese Werbung für den Activia-Becher aus PLA eine besonders dreiste Form der Verbrauchertäuschung.

Der Müll und seine Gesetze

Einen Giftmüllskandal erster Klasse hat die DUH in Sachsen aufgedeckt, Staatsanwalt und ein Untersuchungsausschuss durchleuchten nun die kriminellen Machenschaften. Ebenfalls skandalös: Seit Jahren setzt Deutschland die EU-Richtlinie zur umweltfreundlichen Entsorgung von alten Elektrogeräten und FCKW aus Kühlgeräten nicht richtig um. Die DUH hat Beschwerden bei der EU-Kommission eingereicht



■ Gegen alle Widerstände hat die DUH einen der größten Giftmüllskandale der vergangenen Jahre aufgedeckt. Drei Jahre lang haben die DUH-Abfallexperten rund um die Anlage der S.D.R. Biotec Verfahrenstechnik GmbH in Sachsen recherchiert – bis im März 2011 das Landeskriminalamt übernommen hat. Seitdem ist die Anlage geschlossen und die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die früheren Biotec-Unternehmer. Sie sollen seit 1999 mehr als eine Million Tonnen größtenteils hochgiftiger Abfälle unsachgemäß behandelt, als ungefährlich deklariert und auf ungeeigneten Deponien abgelagert haben. Darunter schwermetallhaltige Filterstäube, Schla-

cken und Filterkuchen aus der Müllverbrennung sowie giftige Abfälle aus der Ukraine und Weißrussland.

Im sächsischen Dorf Pohritzsch hatten Anwohner in Anlagennähe jahrelang vergeblich versucht die offenkundigen Missstände der S.D.R. Biotec beim zuständigen Landratsamt anzuzeigen. Anfang 2008 wandten sie sich an die DUH, die zunächst bei den örtlichen Behörden ebenso abprallte wie beim sächsischen Umweltministerium. Um weitere Beweise für den rechtswidrigen Umgang mit dem Giftmüll zu erhalten, ließ die DUH Bodenproben im Wohngebiet rings um den Abfallbetrieb unter-

suchen. Diese zeigten das ganze Ausmaß der Giftfreisetzung: Das Erdreich an den Straßenrändern war mit Blei und Cadmium weit über den zulässigen Grenzwerten belastet. Die Behörden blieben weiterhin untätig. Nachdem die DUH Dienstaufsichtsbeschwerden gegen hochrangige Beamte und den Umweltamtsleiter gestellt, nachdem die Bürger von Pohritzsch nicht lockergelassen und die Grünen im sächsischen Landtag unbequeme Fragen gestellt haben, musste das sächsische Umweltministerium handeln. So kommt zum Giftmüllskandal noch ein politischer, den ein Untersuchungsausschuss im sächsischen Landtag aufklären will.

Deutschland setzt die EU-Altgeräterichtlinie nur lückenhaft um

Die europäische Altgeräterichtlinie 2002/96/EG (WEEE-Richtlinie), regelt die umweltfreundliche Entsorgung von Elektrogeräten. Elektroaltgeräte dürfen demnach nicht in den Hausmüll, sondern müssen umweltgerecht entsorgt werden. Laut WEEE sind die EU-Staaten dafür verantwortlich, dass Entsorgungssysteme aufgebaut werden und Verbraucherinnen und Verbraucher ihre alten Geräte kostenlos zurückgeben können. Deutschland hat über die kommunalen Sammelstellen ein entsprechendes Entsorgungssystem für Altgeräte aufgebaut.

Die Mitgliedstaaten müssen aber auch dafür sorgen, dass Verbraucher zumindest beim Neukauf eines Elektrokleingerätes ein gleichwertiges Altgerät im Handel kostenlos zurückgeben können. Eine Ausnahme ist nur dann möglich, wenn die Rückgabe für Verbraucher dadurch nicht erschwert wird. Diese Voraussetzung ist in Deutschland nicht erfüllt, haben Recherchen der DUH ergeben. Die kommunalen Sammelstellen sind nur unregelmäßig geöffnet und im ganzen Land gibt es viel zu wenige.

Die Rückgabe von ausrangierten Elektrogeräten wird den Verbrauchern in vielen Kommunen somit erheblich erschwert. Viel praktischer wäre es, alte Lampen beim Kauf einer neuen im Handel zurückzugeben. Dennoch sieht das deutsche Elektroaltgerätegesetz nur eine freiwillige und keine verpflichtende Rücknahme im Handel vor. Dies ist nach Ansicht der DUH EU-rechtswidrig. Entsprechend hat die DUH bei der EU-Kommission eine Beschwerde gegen Deutschland wegen Nicht-Umsetzung der europäischen Regelungen für eine verbraucherfreundliche Altgerätesammlung eingereicht. Die DUH drängt auch in Deutschland die Verantwortlichen weiter zu einer ordentlichen Umsetzung der Altgeräterichtlinie und zu einer verpflichtenden Rücknahme von Elektroaltgeräten im Han-



del. Damit die umweltgerechte Entsorgung eine Selbstverständlichkeit ist.

Kalt erwischt: Deutschland versagt beim Kühlgeräterecycling

Der Klimakiller FCKW ist zwar seit langem verboten, doch noch immer steckt er in Millionen alter Kühlschränke und Kühltruhen. Drei von vier ausrangierten Kühlgeräten hierzulande enthalten FCKW. Die EU schreibt in der WEEE-Richtlinie vor, dass Kühlgeräte nach den besten verfügbaren Techniken umweltgerecht entsorgt werden müssen.

Das passiert aber in Deutschland nachweislich nicht, wie die DUH mehrfach recherchiert hat. In den hiesigen Recyclinganlagen werden durchschnittlich

nur 40 bis 60 Prozent der FCKW aus den Kühlgeräten zurückgewonnen und unschädlich gemacht. In Österreich, Schweden und der Schweiz kommen Recyclinganlagen auf mehr als 90 Prozent FCKW-Rückgewinnung. Die deutsche Klimagasbilanz müsste jährlich fast sechs Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente mehr ausweisen. Seit Jahren drängen die DUH-Abfallexperten die Behörden, die Kühlgerätehersteller und die Recyclingunternehmen zu einer EU-rechtskonformen Kühlgeräte-Entsorgung. Da sämtliche Gespräche ergebnislos geblieben sind, hat die DUH 2011 eine Beschwerde bei der EU eingereicht und EU-Umweltkommissar Janez Potocnik aufgefordert, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten.

Der DUH-Baumarkt-Check

Mit fünf Sternen zeichnet die DUH Baumärkte aus, die Verbraucher vorbildlich über die Rückgabe von alten Energiesparlampen und leeren PUR-Schaumdosen informieren und sie dann auch zurücknehmen. PUR-Schaumdosen enthalten gesundheitsschädliche Reste und müssen deswegen umweltfreundlich entsorgt werden. Die Handelsunternehmen sind verpflichtet, Kunden darauf hinzuweisen. Auch Energiesparlampen und Leuchtstoffröhren dürfen nicht in den Hausmüll, sondern müssen umweltfreundlich entsorgt werden: Sie enthalten kleine Mengen Quecksilber. Bei Testbesuchen checkt die DUH landesweit Baumärkte und stellt fest, ob und wie sie Kunden darüber aufklären und ob die Baumärkte Sammelbehälter für Energiesparlampen und PUR-Schaumdosen aufstellen.

Gesund essen, nachhaltig lernen

Umweltgerechte Ernährung und Umweltbildung sind die Hauptziele beim Regionalverband Nord, der damit offizielles Projekt der UN-Dekade ist. Ausgezeichnet läuft auch die Handy-Recycling Kampagne

■ Mit McMöhre als Gegenentwurf zu fettigem Fast Food hat der DUH-Regionalverband Nord einst eine Kampagne für gesundes und ökologisches Essen gestartet.

Jetzt ist nach „McMöhre – Die NaturKostBar an Schulen“ auch die Kampagne „Wer is(s)t fair?“ als offizielles Projekt der UN-Weltdekade 2011/2012 Bildung für nachhaltige Entwicklung anerkannt. Das Schulprogramm McMöhre ist dank der Unterstützung der Landeshauptstadt Hannover 2011 weitergegangen. Die DUH-Ernährungsberaterinnen haben Schulen bei der Einrichtung einer NaturKostBar unterstützt.



Um die Weiterbildung geht es auch im neuen von der ALCOA Foundation finanzierten Projekt. Der DUH-Regionalverband Nord sucht Schulen, die sich dem anspruchsvollen Thema „Nachhaltige Ernährung an der eigenen Schule“ stellen. Dort bieten die Ernährungsexpertinnen Workshops zur Entwicklung eines nachhaltigen Ernährungskonzeptes und Kochworkshops an und bringen Lehrerinnen, Lehrern, Eltern und Kindern die nachhaltig gesunde Pausenverpflegung nahe. Ziel ist es, Pilotschulen mit Vorbildfunktion zu etablieren.

Äpfel und Birnen vergleichen

Apfel- und Birnbäume können die Kinder in Stadt und Region Hannover vergleichen. Im Rahmen des von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung und der Fielmann AG geförderten Projektes „Obstbäume in Kindergärten und Schulen“ hat der DUH-Regionalverband Nord Pflanz- und Umweltbildungsaktionen für Kinder, Lehrer und Erzieher in und um Hannover durchgeführt.



Handys für die Umwelt

■ Millionen ausgedienter Handys liegen ungenutzt herum und damit tonnenweise Silber, Kupfer, Gold und andere Metalle. 72 Millionen alte Mobilfunktelefone schlummern allein in den Haushalten hierzulande und bilden ein ansehnliches Rohstofflager. Die DUH hat daher die traditionelle Althandy-Sammlung 2011 zu einer neuen Kampagne ausgeweitet. Mit den Kooperationspartnern Deutsche Telekom und „wirkaufens“ spricht die DUH über die Internetseite www.handysfuerdieumwelt.de gezielt Schüler



und Schulen an. Für jedes eingeschickte Handy bekommen die Schüler 1,50 Euro für eigene Umwelt- und Naturschutzprojekte. Den Umweltbonus für das Handy können selbstverständlich alle Umweltprojektgruppen jeden Alters nutzen. Mehr als 700 Gruppen und Projekte unterstützt die DUH mittlerweile mit dem Erlös aus der Handysammlung.



Der UmweltMedienpreis 2011



Journalistinnen und Journalisten sind die entscheidenden Vermittler von Umwelt- und Naturschutzthemen. Sie bereiten die Plattform für umweltpolitische Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Denn kritische Journalistinnen und Journalisten stellen den Verantwortlichen die Fragen, die eine Entwicklung vorantreiben. Und sie können die Fragen und Antworten in spannende Geschichten übersetzen. Sie finden Worte für die Dürre im Klimawandel, sie erklären den Weg des Stroms von der Nordsee bis ins Wohnzimmer und für den Flug der Zugvögel rund um die Welt. Der Neugier, der

Hartnäckigkeit und dem Können der Medienschaffenden, die komplexen Zusammenhänge verständlich darzustellen, haben Umwelt- und Naturschützer viel zu verdanken. Die DUH stärkt und ehrt daher Journalisten, Filmemacher, Redaktionen, Autoren und auch Wissenschaftler jedes Jahr mit dem UmweltMedienpreis. Der Preis ist eine Anerkennung für die „herausragenden Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Die Telekom Deutschland unterstützt den DUH-UmweltMedienpreis.

Preisträgerin und Preisträger des 16. UmweltMedienpreis 2011

Prof. Dr. Dr. h.c. Udo Simonis, Umweltwissenschaftler (Kategorie Lebenswerk)

Dorothea Schuster, Redakteurin in der Bayernredaktion der Augsburger Allgemeinen (Kategorie Print)

Sönke Gähke, Wissenschaftsjournalist u.a. für Deutschlandfunk, WDR 5 (Kategorie Hörfunk)

Valentin Thurn, Autor und Regisseur des Dokumentarfilms „Taste the Waste – Die globale Lebensmittelverschwendung“ (Kategorie Fernsehen/Film)

Die neue DUHwelt

Die DUH ist dank umfangreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit medial sehr präsent. Um auch in eigenen Medien kontinuierlich über Projekte und umweltpolitische Entwicklungen zu berichten, gibt die DUH – gemeinsam mit ihrer internationalen Schwesterorganisation, dem Global Nature Fund – die DUHwelt heraus. Struktur

und Spektrum des vierteljährlich erscheinenden Magazins haben sich mit der rasanten Entwicklung beider Organisationen stark verändert. Seit Frühjahr 2011 hat die DUHwelt auch ein zeitgemäßes Layout mit mehr Fotos und Grafiken erhalten. Modern im Auftritt, aber hintergründig wie gewohnt.



Das Leitungsteam



■ **Rainer Baake** ist seit 2006 Bundesgeschäftsführer der DUH. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz, Energiewende und Biodiversität. Rainer Baake war zuvor beamteter Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Dort hatte er die Verantwortung für die „umweltpolitischen Großbaustellen“ der rot-grünen Regierungszeit – vom Atomausstieg über die Klimapolitik und das Kyoto-Protokoll bis zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, der Einführung des Emissionshandels und der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Rainer Baake hat Volkswirtschaft in Marburg studiert, war von 1985 bis 1991 stellvertretender Landrat von Marburg-Biedenkopf und von 1991 bis 1998 Staatssekretär im hessischen Umweltministerium.



■ **Jürgen Resch** führt die DUH als Bundesgeschäftsführer bereits seit 1986. Jürgen Resch hat die Einführung schwefelfreier Kraftstoffe und Dieselrußpartikelfilter durchgesetzt, er hat vor dem Europäischen Gerichtshof das „Recht auf saubere Luft“ in unseren Ballungszentren erstritten und maßgeblich zum Erhalt des klimafreundlichen Mehrwegsystems in Deutschland beigetragen. Zur Durchsetzung von Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz schmiedet Resch ungewöhnliche Allianzen mit Unternehmen, Vertretern aus Politik und Verbänden. Ehrenamtlich tätig ist Jürgen Resch im Stiferrat des Global Nature Fund und als Vorstandsmitglied der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Dr. Peter Ahmels** leitet den Bereich Erneuerbare Energien und das Forum Netzintegration in Berlin. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland und war von 1997 und 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Dorothee Saar** leitet den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Sie hat Landschaftsplanung in Berlin studiert, hat mehrere Jahre freiberuflich als Diplom-Ingenieurin in der Landschaftsplanung mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastrukturplanung gearbeitet und war Projektleiterin für energieeffiziente Verkehrssysteme bei der dena. Bei der DUH ist sie seit 2006.



■ **Maria Elander** leitet den Bereich Kreislaufwirtschaft in Berlin. Zuvor war sie im Umweltbundesamt in der Abteilung technischer Umweltschutz und als Referentin für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim Nabu tätig. Maria Elander hat in Schweden technische Physik, Umweltpolitik und Umweltmanagement studiert und lebt seit 2002 in Deutschland.



■ **Michael Hadamczik** leitet den Bereich Marketing und Finanzen und die Bundesgeschäftsstelle in Radolfzell. Er ist studierter Diplom-Volkswirt, war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Dr. Gerd Rosenkranz** ist seit 2004 Leiter Politik und Presse im Büro Berlin. Zuvor hat er für das Magazin Der Spiegel, die Tageszeitung taz und als freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Energie gearbeitet. Studiert hat Gerd Rosenkranz Werkstoffwissenschaften (Dipl. Ing.) und Kommunikationswissenschaft in Stuttgart.



■ **Ulrich Stöcker** leitet seit Juli 2009 den Bereich Naturschutz in Berlin. Davor war er Leiter des Referats „Grundsatz- und Rechtsfragen des Naturschutzes“ im Umweltministerium Brandenburg. Ulrich Stöcker hat Jura u.a. in Saarbrücken und Lausanne studiert, für das Umweltbundesamt und das UN-Umweltprogramm gearbeitet.



■ **Dagmar Israel** leitet seit Oktober 1990 die Geschäftsstelle in Hannover und den Regionalverband Nord. Sie ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Geographie, hat bei einer Unteren Naturschutzbehörde als Biologin gearbeitet und Umweltschutztechniker ausgebildet. Ehrenamtlich engagiert sich Dagmar Israel als 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Niedersachsen/Bremen und im Vorstand des Vereins „Umweltschulen für Europa“.



■ **Agnes Sauter** leitet seit April 2009 den Bereich Verbraucherschutz in Radolfzell. Sie kennt alle Facetten der DUH-Verbandsarbeit, da sie seit 1998 in leitender Funktion in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist. Agnes Sauter ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin und war vor ihrem Einstieg bei der DUH Geschäftsführerin des Malteser Hilfsdiensts in Esslingen.



■ **Albert Wotke** leitet das Berliner Büro der DUH seit dessen Gründung 2001 und führt die Geschäfte des Regionalverbands Ost. Nach dem Biologiestudium in Freiburg lehrte und forschte er zu Vegetations- und Naturschutzthemen am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung. Seit seiner frühen Jugend engagiert sich Albert Wotke ehrenamtlich im Naturschutz, u.a. beim BUND.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet den Bereich Recht in der Geschäftsstelle Berlin. Sie hat in Frankfurt/Main Jura studiert und als Umweltjuristin für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst gearbeitet.



■ **Robert Spreter** leitet den Bereich Kommunalen Umweltschutz in Radolfzell. Er kam 2002 zur DUH und hat maßgeblich die Wettbewerbe Zukunftsfähige Kommune und Bundeshauptstadt im Klimaschutz entwickelt. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker hat Robert Spreter Landschaftsplanung und Städtebau studiert und engagierte sich in der BUNDJugend für den Naturschutz.



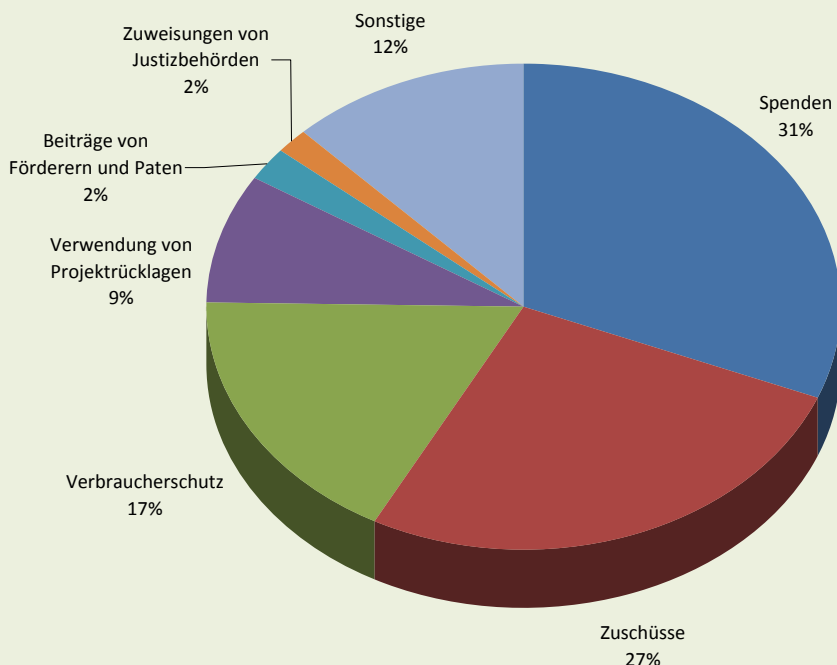
■ **Dr. Cornelia Ziehm** leitet seit März 2009 den Bereich Klimaschutz und Energiewende in Berlin. Sie war Staatsrätin für Umwelt, Europa und Entwicklungszusammenarbeit in Bremen und hat von 2005 bis 2007 den Bereich Recht und Verbraucherschutz bei der DUH geleitet. Cornelia Ziehm hat Jura u.a. in Hamburg studiert, war als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Umwelt-, Bau- und Planungsrecht tätig.

Sicher in die Umwelt investieren

Die Finanzen der DUH beruhen auf einer breiten Basis von öffentlichen Geldgebern, Unternehmensspenden und privaten Spendern. Eine sparsame Verwaltung und ein konservatives Finanzmanagement sichern die finanzielle Grundlage für die nachhaltige Umwelt- und Naturschutzarbeit

Erträge der DUH 2010 (in Tausend Euro, gerundet) *

	2010	2009
Spenden	2.269	2.117
Zuschüsse	1.971	1.797
Verbraucherschutz	1.277	676
Verwendung von Projektrücklagen	633	700
Beiträge von Förderern und Paten	154	150
Zuweisungen von Justizbehörden	128	74
Sonstige	890	246
	7.322	5.760



*Anmerkungen:

Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2011 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2011) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2010.

Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

■ Eine solide finanzielle Basis ermöglicht es der Deutschen Umwelthilfe e.V. zuverlässig die unterschiedlichen Schwerpunkte zu verfolgen und Ziele zu erreichen. Alle Projekte vollständig über Spenden, Zuschüsse oder andere externe Mittel zu finanzieren, ist Jahr für Jahr eine Herausforderung. Doch obwohl die DUH nicht auf regelmäßige Mitgliederbeiträge oder eine institutionelle Grundförderung bauen kann, haben wir den Haushalt 2010 ausgeglichen.

Das Haushaltsvolumen der DUH ist wie schon in den vergangenen Jahren weiter angestiegen und erreichte im Jahr 2010 einen Wert von 7,3 Millionen Euro. Erneut ist es der DUH gelungen, einen deutlichen Anstieg der Projektarbeit zu finanzieren und den Anteil der Verwaltungskosten stabil zu halten.

Einnahmen: Solide Basis

Eine breitgestreute Mischung der Einnahmen aus verschiedenen Quellen sichert die Unabhängigkeit der DUH und begrenzt gleichzeitig das Risiko finanzieller Rückschläge.

Spenden und Sponsoring sind mit 31 Prozent die größten Einnahmequellen der DUH. Eine ganz entscheidende Rolle spielen auch die Beiträge unserer Förderer und Paten.

An zweiter Stelle folgen mit 27 Prozent die Projektzuschüsse. Die Einnahmen des Verbraucherschutzes trugen mit 17 Prozent zur Finanzierung der Arbeit der DUH bei.

Die DUH hat im Bilanzjahr 2010 Projektzuschüsse sowohl von öffentlichen als auch von privaten Institutionen er-

halten. Insbesondere sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Umweltbundesamt sowie das Bundesamt für Naturschutz zu nennen. Auch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt unterstützt Projekte der Deutschen Umwelthilfe. Eine wachsende Rolle nehmen die Europäische Union sowie private Stiftungen ein.

Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Geld, das im Vorjahr eingenommen worden war, aber erst im Jahr 2010 eingesetzt werden konnte.

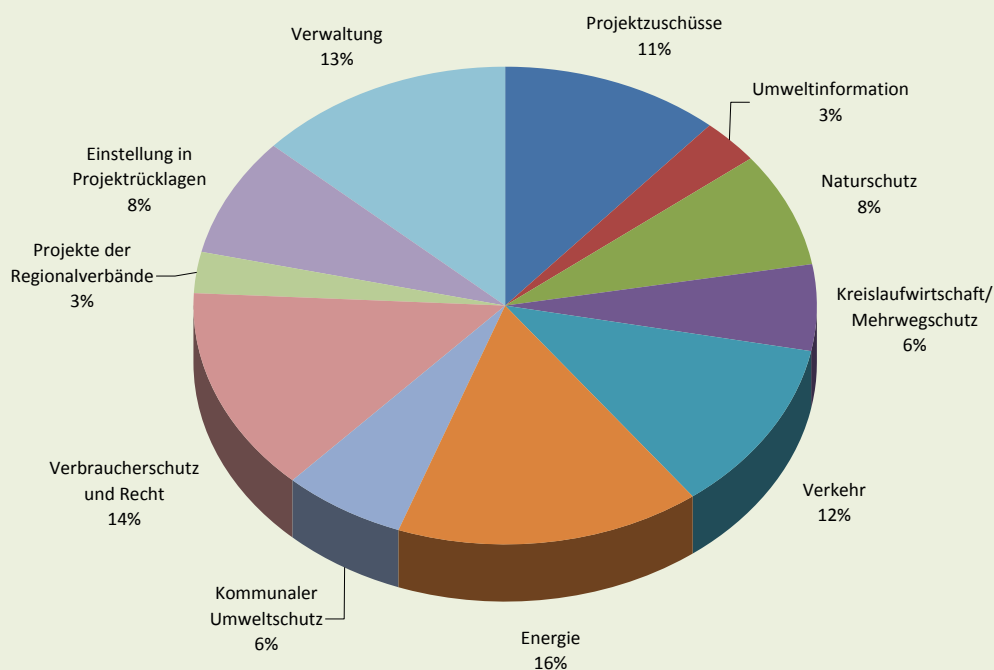
Unter Sonstige sind Einnahmen von geringerer Größenordnung wie Zinserträge zusammengefasst. Den größten Anteil an diesem Posten macht 2010 eine einzelne Erbschaft aus.

Ausgaben: Die Projektarbeit hat Vorrang

Die meiste Arbeit steckt die DUH in die Projekte für Umwelt- und Klimaschutz, für den Naturschutz und die Durchsetzung der Verbraucherrechte. Den überwiegenden Teil der verfügbaren Finanzen setzen wir dafür ein: Das Geld fließt in Artenschutzprojekte, in Projekte für eine ökologisch vorteilhafte Kreislaufwirtschaft und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir organisieren Umweltwettbewerbe, veranstalten Informationskampagnen, Kongresse und Veranstaltungen und betreiben eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Für diese Aufgaben standen 87 Prozent unserer finanziellen Mittel im Jahr 2010 zur Verfügung.

Ausgaben der DUH 2010 (in Tausend Euro, gerundet)

	2010	2009
Projektzuschüsse	748	793
Umweltinformation	203	458
Naturschutz	513	431
Kreislaufwirtschaft/Mehrweg	380	305
Verkehr	773	725
Energie	1044	850
Kommunaler Umweltschutz	408	382
Verbraucherschutz und Recht	922	410
Projekte der Regionalverbände	175	49
Einstellung in Projektrücklagen	529	633
Verwaltung	884	774
	6.579	5.810



Bilanz Deutsche Umwelthilfe e.V.

Aktiva	2010 in €	2009 in Tsd. €	Passiva	2010 in €	2009 in Tsd. €
Anlagevermögen	507.180	503	Freie Rücklagen	1.457.256	713
Sachanlagen	58.715	66			
Finanzanlagen	448.465	437	Zweckgebundene Rücklagen	1.297.430	1.356
			Rückstellungen für betriebliche Alterskapitalanlage	347.954	336
Umlaufvermögen	3.511.626	2.427	Projektrückstellungen	727.845	835
Forderungen	63.951	29	Sonstige Rückstellungen	221.631	185
Kasse, Banken	2.270.042	2.178			
Sonstige Vermögensgegenstände	1.177.633	220	Verbindlichkeiten	981.802	647
Aktive Rechnungsabgrenzung	38.171	70	Passive Rechnungsabgrenzung	320.489	284
Bilanzsumme	4.056.977	3.000	Bilanzsumme	4.056.977	3.000

So konnten wir 2010 etwa 4,6 Millionen Euro in Umwelt- und Naturschutzprojekte, in Kampagnen und Informationsmaterial investieren. Weitere 529.000 Euro haben wir für Projektaufwendungen des Folgejahres zurückgestellt. Der Anteil der Verwaltungskosten ist mit 13 Prozent wieder erfreulich niedrig.

In eigene Naturschutzprojekte der DUH sind 513.000 Euro geflossen. Insgesamt ist das Engagement der DUH für den Naturschutz jedoch deutlich größer. So dient auch ein erheblicher Anteil der Projektzuschüsse an andere Umweltorganisationen der Finanzierung von Naturschutzprojekten. Bei den Projekten der Regionalverbände hat der Naturschutz ebenfalls eine große Bedeutung.

Bilanz: Feste Basis

Die Bilanzsumme ist gestiegen und mit 4 Millionen Euro deutlich größer als im Vorjahr. Im Jahr 2009 waren es 3 Millionen Euro. Den größten Anteil an der Steigerung hat die Stärkung der freien Rücklagen, die wir mehr als verdoppeln konnten. In den vergangenen Jahren waren die freien Rücklagen der DUH etwa stabil geblieben, konnten aber anteilmäßig mit der Entwicklung der DUH nicht Schritt halten. Der im Vergleich zu den Vorjahren hohe Überschuss von 743.000 Euro stammt zum größten Teil aus einer Erbschaft.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deut-

schen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2010 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mitarbeiter

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 30.11.2011 insgesamt 79 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 34 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 39 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere fünf in der Geschäftsstelle Hannover sowie eine im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender

Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender

Michael Spielmann, Duderstadt
stellvertretender Vorsitzender

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover

Corinna Cwielag,
Schwerin

Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)

Michael Rothkegel, Frankfurt

Dr. Thomas Schaefer, Konstanz

Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch

Rainer Baake

Bundesgeschäftsstellen**Leiter der Geschäftsstelle Radolfzell:**

Michael Hadamczik
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Leiter der Geschäftsstelle Berlin:

Albert Wotke
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:

Dagmar Israel
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände**Regionalverband Süd:**

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost:

Ansprechpartner: Albert Wotke
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord:

Geschäftsführerin des Regionalverbandes:
Dagmar Israel
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüro**Projektbüro Elbe:**

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Poststr. 7
06366 Köthen
Telefon 03496 210009
Telefax 03496 210008
E-Mail: lebendigeelbe@duh.de

